

FEIND BILD JOURNALIST



Bedrohung als
Normalzustand

EINE 5-JAHRES-BILANZ



Inhalt

Einleitung.....	3
1. 2019 ein Rückgang, 2020 sechs Angriffe in drei Monaten	4
2. Teilweise Angriffe aus dem linken Spektrum.....	6
3. 119 Angriffe in fünf Jahren: Bilanz und Analyse	10
4. Chronik der Pressefeindlichkeit	14
5. Feindbild „Lügenpresse“ – Scharnierbegriff und Positionslicht	19
6. Drohszenarien: Hass auf der Straße, Hass im Netz.....	20
7. Staatliche Gegenmaßnahmen und journalistische Schutzbedarfe.....	26
8. BKA: Delikte „gegen Medien“ nehmen zu.....	31
9. Fazit.....	33
Anhang: Anmerkungen zum Studiendesign.....	36
1. Kriterien der Fallerfassung.....	37
2. Vollständigkeitsanspruch	37
3. Wer ist Journalistin und Journalist?.....	38
4. Wann ist ein Angriff politisch?	39
5. Was wird nach welchen Kriterien kategorisiert?	40
Literatur	46

Einleitung

Journalismus bleibt ein Wagnis, auch in Deutschland. Von Anfang 2015 bis März 2020 registrierte das Europäische Zentrum für Presse- und Medienfreiheit 119 gewaltsame Angriffe auf Journalistinnen und Journalisten in Deutschland. Trotz schwankender Fallzahlen blieb der Ursprung der Attacken über die Jahre hinweg gleich: Die Mehrheit, 77 Prozent aller Vorfälle zwischen 2015 und 2020, kam aus dem rechten Lager¹

Diese Verteilung gilt auch für das Jahr 2019, auch wenn die Zahl der erfassten Fälle insgesamt zurückging: 14 tätliche Angriffe konnte das ECPMF für 2019 verifizieren, elf davon kamen von rechts. Im Vorjahr, das vor allem von den Chemnitzer Ausschreitungen geprägt war, waren es 26.

Das beginnende Jahr 2020 scheint diese Eindeutigkeit in Frage zu stellen: Auf einer Leipziger Demonstration des linken Spektrums wurden gleich drei Angriffe auf Fernsehmitarbeiter verzeichnet. Außerdem kam es in nicht einmal drei Monaten zu drei weiteren Übergriffen, bei denen nach aktuellem Recherchestand kein eindeutiger politischer Kontext gegeben ist. Gewalt gegen Journalistinnen und Journalisten scheint inzwischen Teil einer verrohten Normalität zu sein.

Die Hoffnung, dass physische und psychische Gewalt nur ein temporäres Phänomen seien, hatte bei der Veröffentlichung der ersten Studie der „Feindbild“-Reihe im Dezember 2015 noch bestanden. Doch die ideologische Grundlage der Anfeindungen hat sich verfestigt. Die Unterstellung, Journalistinnen und Journalisten würden das sogenannte „Volk“ in Abstimmung mit den politischen und wirtschaftlichen Eliten vorsätzlich belügen, ist ein Gemeinplatz unter Rechten – und schürt den Hass. Bis heute sind politische Demonstrationen der gefährlichste Arbeitsplatz für Journalistinnen und Journalisten in Deutschland.

Die Analyse der 119 Fälle, die das ECPMF bislang verifiziert hat, hat diese Thesen bestätigt. Die Falluntersuchung bildet das Kernelement der „Feindbild“-Studien und hat sich inzwischen zu einem in Deutschland einzigartigen Monitoring entwickelt. Neben zahlreichen Nachfragen bei staatlichen Stellen wie Polizeibehörden, Staatsanwaltschaften und Gerichten, Rückfragen und Interviews bei Betroffenen und Zeuginnen und Zeugen möglicher Taten wurden auch Presseberichterstattung, soziale Medien, Online-Berichte und wissenschaftliche Quellen ausgewertet.

Die Entwicklung der Fallzahlen, mit einem Höchstwert von 44 Fällen im Herbst 2015 und einem zweiten traurigen Höhepunkt nach den Ausschreitungen in Chemnitz

¹ Die Kategorien „rechts“ und „links“ sind hier Hilfskonstruktionen, um die öffentliche Alltagseinschätzung des politischen Spektrums verkürzt begreifbar zu machen. Eine eindeutige und trennscharfe Kategorisierung von politisch motivierten Einstellungen und Handlungen beispielsweise in der Steigerung rechts/rechtspopulistisch/rechtsextrem/rechtsradikal oder links/linksextrem/linksradikal ist nicht brauchbar: Die „Extremismus-Theorie“, umgangssprachlich auch als „Hufeisen“-Theorie bezeichnet, geht von einer prinzipiellen Vergleichbarkeit von „Links- und Rechtsextremismus“ aus. Sie wird von den Autoren dieser Studie nicht für plausibel gehalten. Die Erfassung der Angriffe in den Kategorien „links“ und „rechts“ erfolgt dementsprechend zum Zweck der vertieften Analyse von Angriffsmustern, soll aber nicht als Beleg für die „Extremismus-Theorie“ verstanden werden. Für vertiefende Erläuterungen siehe im Anhang „Anmerkungen zum Studiendesign“.

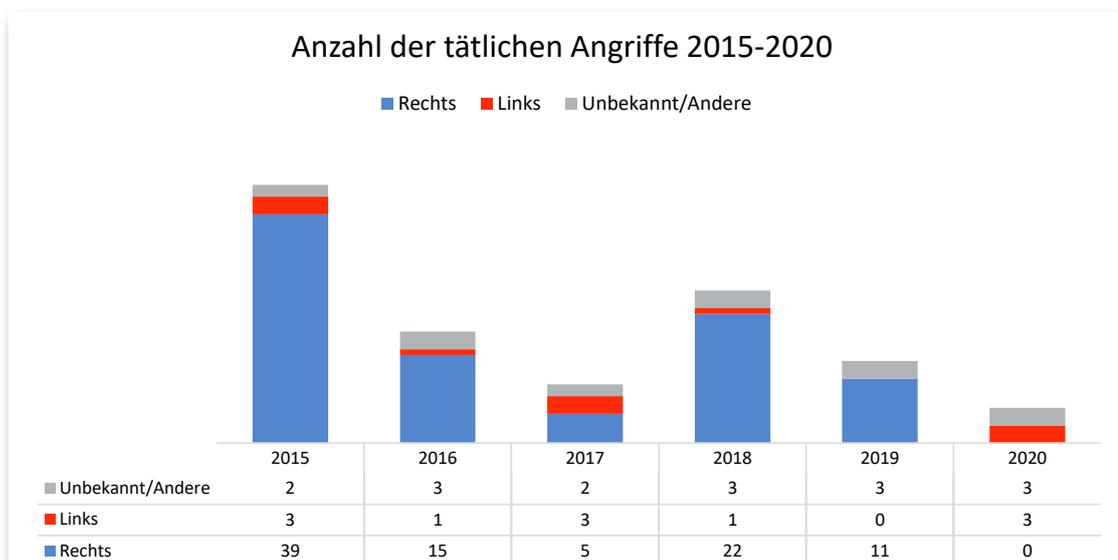
mit 26 Angriffen, werden in dieser Studie ausgiebig kontextualisiert. Eingeflossen sind nicht nur die Befunde der Fachliteratur, sondern auch die Perspektiven der Journalistinnen Helke Ellersiek und Sibel Schick, der Fachjournalisten David Janzen und Andreas Speit sowie des Rechtsanwalts Sven Adam.

Ausgelöst von den scharfen Debatten um Morddrohungen gegen Journalistinnen und Journalisten, werden in der vorliegenden Studie auch schwere Bedrohungen thematisiert. Diese Einschüchterungsversuche sind statistisch kaum objektivierbar – sind aber, nach allem was in Erfahrung zu bringen ist, für rechte Pressegegnerinnen und -gegner ein vielgenutztes Mittel, um Recherchen in ihrem Umfeld zu verhindern oder mindestens zu erschweren.

Für die Journalistinnen und Journalisten in Deutschland bedeutet das: Berichten sie von rechten Versammlungen, recherchieren sie über die Szene oder werden sie aufgrund ihrer Berichterstattung als Störenfriede wahrgenommen, müssen sie mit gezielten Einschüchterungsversuchen rechnen. Von Bedrohungen, Kampagnen bis hin zu Tötlichkeiten: Seit fünf Jahren besteht für Journalistinnen und Journalisten eine erhöhte Gefahr, zum Ziel von Angriffen zu werden.

1. 2019 ein Rückgang, 2020 sechs Angriffe in drei Monaten

Der erste Monat des Jahres 2020 zeigt, dass Journalistinnen und Journalisten weiterhin mit Gewalt gegen ihren Berufsstand rechnen müssen. In fünf Fällen wurden Medienschaffende allein im Januar angegriffen. Drei ereigneten sich auf einer linken Demonstration in Leipzig, einer bei einer iranischen Kundgebung in Berlin und ein weiterer bei einem Gerichtsverfahren in Zwickau. Im März attackierte ein Berliner Rapper ein Kamerateam. Somit erfolgte keiner der Angriffe auf einer rechten Demonstration. Dort wurde seit Beginn der Erfassung jeweils der Hauptanteil der Angriffe registriert.



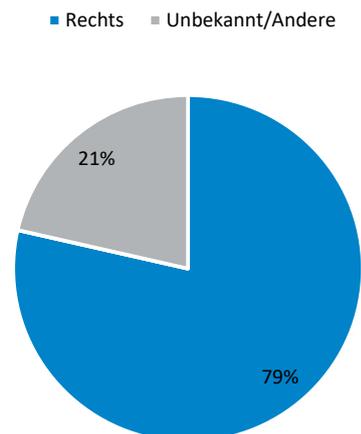
Die Ergebnisse des Jahres 2019 hingegen bestätigen das Tatbild der Vorjahre – trotz gesunkener Fallzahlen. 14 tätliche Angriffe auf Journalistinnen und Journalisten hat das ECPMF verzeichnet. Zum Vergleich: Im Vorjahr 2018 wurden 26 gewaltsame Übergriffe bestätigt.

2019 kamen mit Ausnahme von drei Angriffen alle aus dem rechten Lager. Der Befund der zurückliegenden vier Jahre wird damit untermauert: Medienschaffende, Journalisten und Journalistinnen und Reporterinnen und Reporter waren nach wie vor am stärksten durch Pressegegnerinnen und -gegner aus dem rechten Lager gefährdet. Tätliche Angriffe von links sind dem ECPMF für das Jahr 2019 nicht bekannt.

Im Januar kam es bei einer Aktion der „Identitären Bewegung“ am Verlags- haus der „taz“ zum Angriff auf eine Journalistin. Zunächst klebten die Rechten Plakate an den Eingangsbereich. Als eine taz-Mitarbeiterin dies unterbinden wollte, wurde sie körperlich attackiert und trug Prellungen davon. Bei einer Veranstaltung des AfD-Ortsverband Heroldsberg wurde im Mai ein Journalist des Bayerischen Rundfunk gepackt, bespuckt und bedroht. Zwei weitere Tötlichkeiten wurden im Mai während des AfD-„Flügel“-Treffens im bayerischen Greding registriert. Einer Journalistin wurde das Handy aus der Hand gerissen und einem anderen Journalisten versucht die Kamera zu rauben. Als im sächsischen Wurzen im August gegen den Einzug eines Neonazi-Kampfsportlers in den Stadtrat demonstriert wurde, versammelten sich aggressive Rechte und riefen antisemitische Hassparolen. Einem Journalisten wurde dort von einem Mann die Kamera weggeschlagen.

Sechs der insgesamt elf rechten Attacken geschahen auf oder im Umfeld von Versammlungen. So wurden Medienschaffende im März bei einem Neonazi-Festival im sächsischen Ostritz mit Bierbechern und einem Feuerlöscher angegriffen. Sie mussten das Veranstaltungszelt unter Polizeischutz verlassen. Im Juli warf ein 20 Jahre alter Pegida-Demonstrant beim Besuch von Angela Merkel in Dresden eine Flasche auf einen Journalisten. In Hannover organisierte die NPD am 23. November eine pressefeindliche Demonstration gegen Journalisten, die kritisch zu Rechtsextremismus berichtet hatten. Zwei Journalisten wurden auf der Demonstration der Rechts- extremen attackiert – gegen einen von ihnen hatte sich der rechte Demo-Aufruf gerichtet. Bereits im August wurde derselbe Journalist bei einer NPD-Kundgebung in Braunschweig mit Fußtritten angegriffen. Kurz nach Weihnachten wurde ein Jour-

Politische Zuordnung 2019



nalist von Teilnehmern einer NPD-Demo im Erzgebirge geschubst und gegen ein Auto gestoßen. Die Polizei musste ihn anschließend zu seinem Wagen begleiten.

In drei Fällen ist ein politischer Hintergrund nicht eindeutig, aber auch nicht auszuschließen: Ein Reporter des RBB wurde während eines Union Berlin-Heimspiels von Fußballfans im August gleich zweimal zu unterschiedlichen Zeitpunkten der Kamera beraubt. Beim zweiten Übergriff erlitt er zudem Schläge ins Gesicht. Außerdem wurde eine freie Journalistin beim Dreh einer rbb-Reportage von mutmaßlichen Dealern im Umfeld des Görlitzer Parks in Berlin auf den Kopf geschlagen. Berlin und Sachsen verzeichneten 2019 mit jeweils vier Fällen die meisten Angriffe. Im Vergleich der Bundesländer folgt Niedersachsen mit drei Angriffen.

2. Teilweise Angriffe aus dem linken Spektrum

Journalistinnen und Journalisten waren in den letzten Jahren auch auf linken Versammlungen schweren pressefeindlichen Angriffen ausgesetzt. Ende Januar 2020 wurden in Leipzig drei Journalisten auf einer Demonstration gewaltsam attackiert. Vermummte griffen einen Reporter und einen Kameramann des MDR an, der Sicherheitsmann des Teams trug bei der Auseinandersetzung eine Platzwunde davon. Zuvor hatten Demonstrierende einen Kameramann bereits mehrfach mit einem Laserpointer geblendet. Die betroffenen MDR-Mitarbeiter sagten, die Arbeit auf der Demonstration sei „seit Chemnitz definitiv der herausforderndste und aggressivste Demo-Einsatz“ gewesen. Auch ein Kameramann von Spiegel TV wurde gezielt [zu Boden geworfen](#). Zudem versuchten Demonstrationsteilnehmende, Pressevertreter einzuschüchtern. So wurde etwa der Journalistin Helke Ellersiek nachdrücklich Gewalt [angedroht](#), sollte sie weiter Fotos machen:

„Auf rechten Demos werde ich dauernd bedrängt, von oben bis unten abgefilmt, bedroht, aber auf einer linken Demo war mir das neu. Gleichzeitig habe ich das erst mal auch nicht so richtig ernst genommen. Ich dachte: ‚Wir sind hier immer noch unter demokratischen Demonstrationsteilnehmern, da passiert schon nichts.‘ Erst am nächsten Tag habe ich von den Kollegen von Spiegel TV erfahren, dass derselbe Typ danach die Straßenseite gewechselt und vor dem Konsum-Markt den Kameramann von Spiegel TV umgekickt hat.“



Nur ein Teil der Versammlungsteilnehmenden bezog direkt Position gegen die Anfeindungen, berichteten anwesende Journalistinnen und Journalisten. Das ist besonders irritierend, weil sich die Versammlung im Namen der Pressefreiheit gegen ein Verbot der linken Informationsplattform linksunten.indymedia richtete.

Übergriffe und Bedrohungen durch linke Täterinnen und Täter sind kein neues Phänomen. Elf Tötlichkeiten sind in den zurückliegenden fünf Jahren diesem politischen Lager zuzuschreiben. Damit haben in den letzten Jahren Linke nicht annähernd so häufig Medienschaffende angegriffen wie Rechte: Seit 2015 wurden neun Prozent der Fälle linken Tätern zugeordnet, im Vergleich zu 77 Prozent von rechts (nicht zugeordnet: 14 Prozent).

Eine Gleichsetzung linker und rechter Angriffe ist nicht nur wegen der sehr unterschiedlichen Fallzahlen unzulässig. Sie würde auch eine prinzipielle Vergleichbarkeit von Links- und Rechtsextremismus voraussetzen – eine theoretische Annahme, die von den Autoren dieser Studie abgelehnt wird. Trotzdem soll in der folgenden vertiefenden Betrachtung eruiert werden, ob Tataspekte der beiden Lager Ähnlichkeiten aufweisen. Zwar kann ob der geringen Fallzahlen für linke Angriffe keine repräsentative Auswertung erfolgen. Eine Analyse dieser Angriffe schärft aber den Blick für Gefahrenpotenziale.

So schlug 2015 ein Gegendemonstrant auf einer Pegida-Versammlung in Dresden einem technischen Mitarbeiter von Deutschlandradio ins Gesicht. Der Tat vorangegangen war der Vorwurf, die Medien würden durch ihre Berichterstattung Pegida unterstützen. Im Dezember des gleichen Jahres bedrohten Teilnehmende einer Demo einen LVZ-Fotografen in Leipzig und schlugen ihm auf die Kamera, als er aus der Hüfte den Versammlungszug filmte. Für das Folgejahr ist ein Angriff erfasst: Eine ARD-Journalistin wurde bei der Berichterstattung über Proteste gegen die Räumung linker Wohnprojekte in Berlin im Februar 2016 ihres Mikrofons beraubt.

In einem bis dahin ungekannten Ausmaß eskalierten linke Angriffe gegen Medienschaffende auf dem Hamburger G20-Gipfel. Während ihrer Berichterstattung wurden dort im Sommer 2017 drei Journalisten gewaltsam attackiert. Linke Aktivisten stießen zwei Journalisten unter „Nazi“-Rufen zu Boden, nachdem ein szenenaher Blogger ein Foto verbreitet hatte. Es zeigte einen der beiden Journalisten gemeinsam mit einer Sympathisantin der „Identitären Bewegung“. In diesem Fall wurden Medienschaffende attackiert, da sie von Demonstrationsteilnehmenden für feindliche Szenebeobachter gehalten wurden. Ähnlich passiert dies auch auf Versammlungen der organisierten Rechten. Bei einem weiteren Übergriff in Hamburg entzündete sich die Gewalt an der Kamera eines Journalisten: Martin Kaul wurde während seiner Aufnahmen im Schanzenviertel durch einen Vermummten derart massiv attackiert, dass er kurz sein Bewusstsein verlor. Später [sagte er](#): „Mir hätte vielleicht noch klarer sein sollen, dass es vielleicht auch ein Risiko ist, da mit der Kamera unterwegs zu sein.“ Ebenfalls während der G20-Proteste niedergeschlagen

wurde der israelische Journalist Oren Ziv, als er für ein Dokumentationsteam des Neuen Deutschland arbeitete. Außerdem raubte ihm der Angreifer seine Kamera. Dem Täter reichte es offensichtlich nicht, dass Ziv nach einer Drohung die Bilder gelöscht hatte, um zu deeskalieren. Der Tatablauf legt nahe, dass als Motiv hier mögliche Beweise für eine Identifikation oder Strafverfolgung vernichtet werden sollten. Im Jahr 2018 griffen mutmaßlich linke Umweltaktivisten ein Kamerateam von Sat1 im Umfeld einer Versammlung im Hambacher Forst an – im Jahr 2019 wurde kein gewaltsamer Übergriff von links erfasst.

Die Fallübersicht zeigt, dass politische Versammlungen das hauptsächliche Tatunfeld darstellen. Alle linken Angriffe wurden auf oder im Umfeld von Versammlungen registriert. Eine tiefergehende vergleichende Analyse offenbart neben diesen vordergründigen Gemeinsamkeiten jedoch auch deutliche Unterschiede zwischen beiden Phänomenen. Gemein ist Angriffen aus beiden Lagern, dass überproportional häufig Journalistinnen und Journalisten mit Kameras betroffen sind. Aus der mit einigen Angriffen von linken Täterinnen und Tätern einhergehenden Forderung an die betroffenen Journalistinnen und Journalisten, die Aufnahmen zu löschen sowie aus Szenemedien oder in Sozialen Netzwerken publizierten Statements lässt sich auf zwei Motive schließen: Es liegt nahe, dass Aggressorinnen und Aggressoren sich vor Strafverfolgung schützen wollen, indem sie auf Film und Fotos gebannte Beweismaterialien zerstören. Damit ergibt sich eine Parallele zum rechten Lager. Auch Interviews mit ehemaligen Rechtsextremen zeigen, dass Attacken gegen Journalistinnen und Journalisten begangen werden, um Strafverfolgung zu verhindern (vgl. Baugut/Neumann 2019, S. 157).

Aus der Betrachtung der einzelnen Fälle, insbesondere aus Videomaterial, Zeugaussagen und ausgewerteten Statements ergibt sich ein weiterer, fundamentaler Unterschied: Auf linken Versammlungen sind nur vereinzelte Übergriffe bekannt, die mit einer generellen Ablehnung der Medien oder der Pressefeindlichkeit einhergehen. Zwar existieren zum Teil starke Vorbehalte. Diese Skepsis wird vor allem mit einer angeblich systemtragenden Berichterstattung begründet, die der politischen Weltsicht der Demonstrierenden nicht entspricht. Zugleich wird die mediale Darstellung der Szene als verzerrt wahrgenommen. Die Darstellung des Leipziger Stadtteils Connewitz etwa sei geprägt von „Verleumdungen, Falschdarstellungen und Überspitzungen, nicht selten auch von Chauvinismus“, heißt es in einem [indy-media-Beitrag](#) im Nachgang der Demonstration Ende Januar.

Im Gegensatz zum rechten Lager gibt es aber keine Anhaltspunkte dafür, dass im linken Spektrum aus einer weit verbreiteten Ablehnung eine institutionalisierte Pressefeindlichkeit erwachsen ist. Vielmehr heißt es im selben Beitrag: „Dennoch müssen wir mit der Anwesenheit von Presse auf unseren Demonstrationen leben, so ist das nun mal mit Demonstrationen.“ Deshalb sei ein kooperativer Weg im Umgang

mit Medienvertreterinnen und -vertretern auf Demonstrationen zu suchen. Zwar knüpfen die Autorinnen oder Autoren diesen Willen zur Kooperation unter anderem an die rechtlich mehr als fragwürdige Bedingung, dass keine Portraitaufnahmen gefertigt würden. Die Ausführung legt jedoch nahe, dass die Szene die Akzeptanz von Presse und pluralistischer Berichterstattung akzeptiert und weitgehend anerkennt. Linken also eine pauschale und institutionalisierte Diffamierung der Medien vergleichbar zum rechten Narrativ einer „Lügenpresse“ zu unterstellen, wäre falsch.

Trotz dieser großen qualitativen und quantitativen Unterschiede bietet die Rechtfertigung von Einschüchterungsversuchen und Angriffen im Nachgang der Leipziger Demonstration Anlass zur Sorge. So gab es User, die pressefeindliche Aktionen als legitim ansehen, wie Ellersiek sagt:

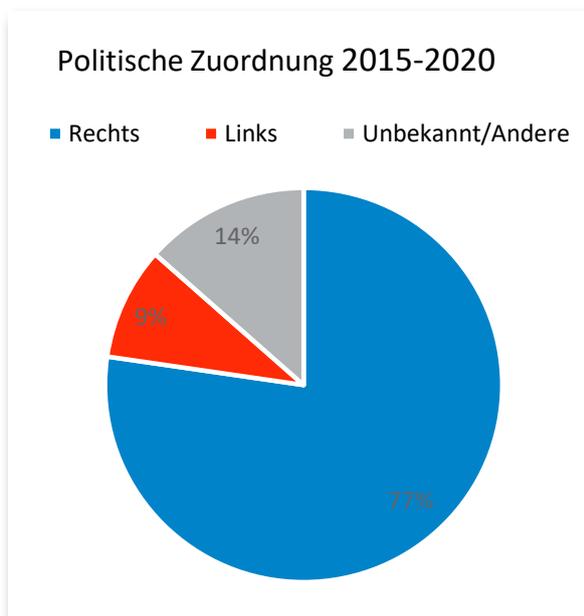
„Auf Twitter ging es schon am Abend richtig los, die Debatte dauerte über eine Woche an. Als ich bei Twitter meine Bedrohungssituation öffentlich gemacht habe, haben viele Linke den Vorgang sofort verurteilt. Es tauchten aber auch sehr aktive, linke Accounts ohne Klarnamen auf, die über Tage hinweg die Gewalt auf der Demo gerechtfertigt und dafür durchaus viele Likes kassiert haben.“

Aus den vorliegenden Informationen lassen sich keine Hinweise für eine prinzipielle politisch links fundierte Ablehnung von Medienvertreterinnen und -vertretern ableiten. Die Angriffe von rechts und links können nicht als zwei Seiten derselben Medaille betrachtet werden. Dagegen sprechen die deutlich niedrigeren Angriffszahlen und die Ablehnung von Gewalt gegen Journalistinnen und Journalisten von einem großen Teil der linken Szene. Aber auch wenn die Angriffe von links und rechts in ihrem Gefährdungspotenzial nicht gleichzusetzen sind, müssen Medienleute inzwischen auf Demonstrationen beider politischen Lager mit Tötlichkeiten und schweren Bedrohungen rechnen. Dies einmal mehr, wenn sie dort fotografieren oder filmen. Die Angriffe auf Journalistinnen und Journalisten auf der Leipziger Demonstration sind ein Alarmsignal – und schwerwiegende Angriffe auf die Pressefreiheit.

3. 119 Angriffe in fünf Jahren: Bilanz und Analyse

Ein Blick auf die Erhebung der letzten fünf Jahre lässt ein wiederkehrendes Schema erkennen. Wollte man nach fünf Jahren ECPMF-Erfassung und einer dreistelligen Zahl an registrierten Tötlichkeiten einen Musterfall zur Veranschaulichung der häufigsten Tatmerkmale entwerfen, wären folgende Elemente enthalten: Im Rahmen einer teilnehmerstarken rechten Demonstration in Sachsen beschimpft, bedroht und attackiert ein männlicher Täter einen Journalisten, der eine Kamera trägt². Obwohl es Tatabläufe gibt, die von diesem Muster abweichen, sind jene Merkmale am häufigsten zu beobachten, wie die ECPMF-Auswertung zeigt.

3.1 Tätliche Angriffe vor allem bei rechten Großdemos



92 von 119 Angriffen sind dem rechten Spektrum zuzuordnen. In 16 Fällen ist die politische Zuordnung nicht eindeutig und bei elf handelt es sich um linke Angriffe. Von den insgesamt 92 rechten Angriffen fanden 79 auf oder im Umfeld von Demonstrationen statt. **Damit sind politische Demonstrationen des rechten Lagers die gefährlichsten Orte für Journalistinnen und Journalisten in Deutschland.**

Dass sich der Hass auf die Presse vor allem in der angeheizten Atmosphäre teilnehmerstarker Aufmärsche Bahn bricht, legen folgende Zahlen nahe: In Quartalen mit besonders hohen Teilnehmerszahlen auf rechtsextremen Aufmärschen³ war auch eine hohe Anzahl tätlicher Angriffe zu registrieren: Das vierte Quartal 2015, in dem insgesamt fast 60.000 Menschen an rechtsextremen Aufmärschen teilnahmen, wies auch die

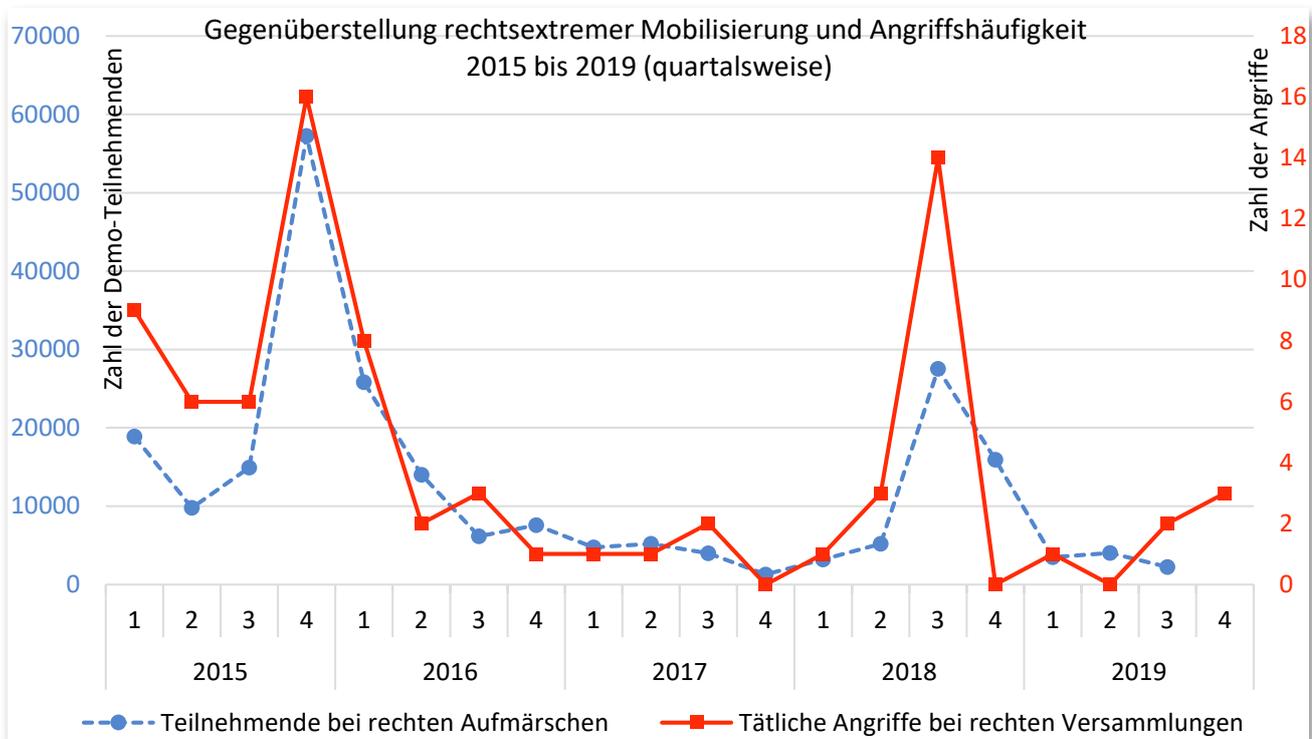
höchste Anzahl an rechten Angriffen auf Versammlungen (16) auf. Ein ähnliches Bild zeigt sich im dritten Quartal 2018: Insbesondere die Versammlungen in Chemnitz führten zu einem Anstieg der Teilnehmerszahlen auf rechten Demos (fast 30.000), zugleich nahm auch die Zahl der Angriffe (14) zu⁴. Diese Beobachtung stellt zwar keine Kausalität dar, weil die Ursachen für Angriffe vielfältig sind. Allerdings ergibt sich bei der Gegenüberstellung von rechter Mobilisierung und Angriffshäufigkeit über einen Zeitraum von fünf Jahren eine auffällige

² Eine solche Mustertat ereignete sich beispielsweise in Dresden 2015: <https://www.dnn.de/Dresden/Lokales/Die-Hemmschwelle-bei-Pegida-sinkt>.

³ Die Zahlen beruhen auf Antworten der Bundesregierung auf Kleine Anfragen. Unsere Nachfrage beim Bundesinnenministerium, wie und mit welchen Kriterien „rechtsextreme Aufmärsche“ erfasst werden, blieb bis zur Veröffentlichung unbeantwortet.

⁴ Allein zwischen dem 27.08.2018 und dem 28.09.2018 nahmen laut Bundesregierung 17.900 Menschen an rechtsextremen Demonstrationen in Chemnitz teil, vgl. BT-Drs. 19/5486.

Parallelität. Dies deutet auf einen Zusammenhang zwischen hoher rechtsextremer Mobilisierung und erhöhten Angriffszahlen hin⁵.



Für die zurückliegenden fünf Jahre erhärtet sich damit die bereits in der ersten Studie formulierte These, dass die Zunahme an Konfrontationsgelegenheiten zu mehr Angriffen führt. Diese Zunahme wird auch vom Grad des Medieninteresses beeinflusst: Wenn mehr Reporterinnen und Reporter vor Ort sind, erhöht sich die Kontaktwahrscheinlichkeit. Als etwa Pegida als neue gesellschaftliche Bewegung den Blick vieler Medien auf Dresden lenkte, berichteten auch viele Journalistinnen und Journalisten aus der sächsischen Hauptstadt. Dies erhöht die Wahrscheinlichkeit eines Kontaktes mit pressefeindlichen Aggressorinnen und Aggressoren, die möglicherweise zur Tat schreiten.

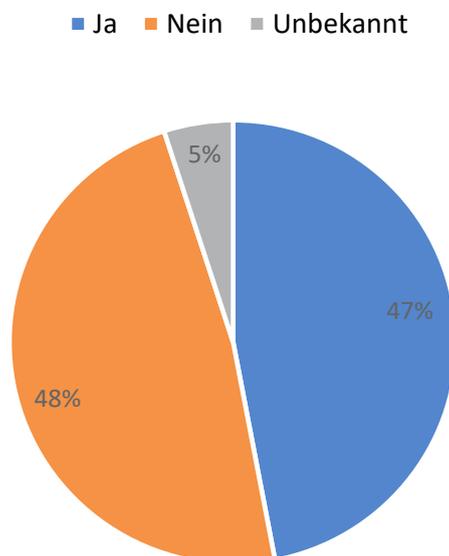
Für linke Demonstrationen liegen vergleichbare Daten nicht vor. Eine Gegenüberstellung ist zudem aufgrund der geringen Fallzahl nicht aussagekräftig. Festhalten lässt sich jedoch, dass alle elf linken Angriffe zwischen 2015 und 2020 auf oder im Umfeld von Demonstrationen stattfanden.

⁵ Die Zahlen zu den Teilnehmenden bei rechtsextremen Aufmärschen stammen aus Antworten der Bundesregierung auf Kleine Anfragen. Die Daten liegen bis einschließlich für das dritte Quartal 2019 vor. Die Quellenangaben finden sich hinter dem Literaturverzeichnis.

3.2 Zielrichtung der Angriffe

Die meisten Angriffe stehen in einem eindeutigen politischen Kontext, weshalb pressefeindliche Angriffe als politisches Phänomen betrachtet werden sollten. Dennoch ist es schwierig, die konkrete Motivlage der Angreiferinnen und Angreifer zu erfassen. Zu beobachten sind jedoch vorrangig zwei Zielrichtungen von Angriffen: gegen die Arbeitsweise und -mittel der Presse, etwa Bildaufnahmen anzufertigen, und gegen die Arbeit an sich, also den verkörperten Berufsstand Journalismus überhaupt.

Gewalt gegen die Kamera 2015-2020, wenn Kamera getragen wurde



Erstens richten sich viele Angriffe (auch) gegen eine mitgeführte Kamera. Beispielsweise werden Angriffe von der Aufforderung begleitet, man solle die Kamera wegnehmen oder nicht filmen. Von allen bisher registrierten Angriffen wurde in 99 von 119 Fällen eine Kamera mitgeführt. Bei einem Drittel aller Fälle richtete sich die Tat direkt gegen die Kamera. Wurde eine Kamera sichtbar mitgeführt (99 Taten), war in fast der Hälfte dieser Fälle die Gewalt auch gegen die Kamera gerichtet (47 Taten).

Zweitens werden Journalistinnen und Journalisten durch ihre Kameras häufig erst als solche identifizierbar und eine Attacke richtet sich dann möglicherweise nicht (mehr nur) gegen das Fotografieren, sondern gegen den verkörperten Berufsstand des Journalisten und der Journalistin an sich.

Diese beiden Angriffstypen stehen jedoch keinesfalls getrennt voneinander oder treten in „Reinform“ auf. Auch sind diverse weitere Handlungsorientierungen

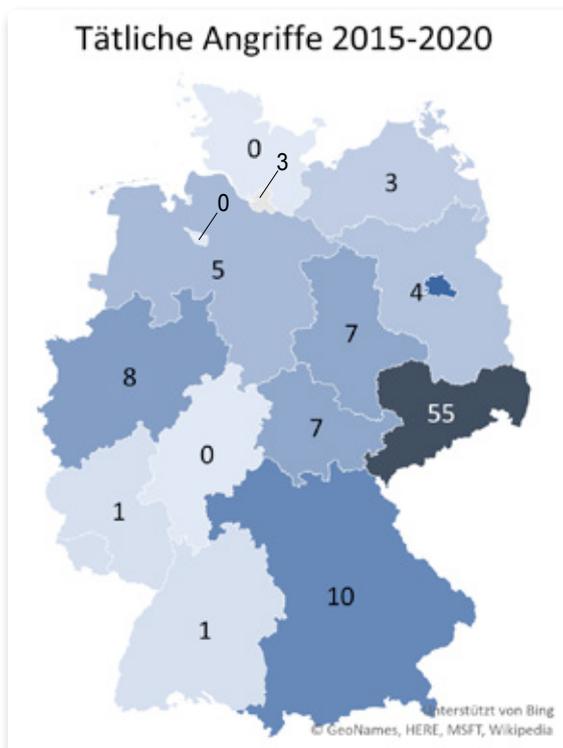
denkbar. Aus diesem Grund und weil die entsprechende Motivlage nicht zweifelsfrei zu bestimmen ist, werden derartige hypothetische Klassifizierungen in der ECPMF-Erfassung nicht vorgenommen.

Von den Fällen, in denen das Geschlecht der Täterinnen und Täter bekannt ist (75 von 119), waren 95 Prozent Männer und zwei Prozent Frauen. In weiteren drei Prozent der Fälle griffen sowohl Frauen als auch Männer an. Auch die Betroffenen sind überwiegend männlich: Von den Fällen, in denen das Geschlecht der Betroffenen bekannt ist (112 von 119), sind 86 Prozent männlich und zehn Prozent weiblich.

Die Analyse der Jahre 2015 bis 2016 zeigte, dass viele verurteilte Täter bereits einschlägig

vorbekannt waren und wegen politischer Delikte aufgefallen sind (vgl. ECPMF 2017). Insgesamt wurde 2019 nach ECPMF-Kennntnis in acht von 14 Fällen Anzeige gestellt oder von Amts wegen ermittelt. In einem Fall fiel inzwischen ein Urteil: Eine Geldstrafe wurde verhängt. Der polizeibekannt Angreifer, der beim taz-Verlagshaus

eine Journalistin verletzte, kam hingegen ungestraft davon. Die Ermittlungen wegen Körperverletzung wurden eingestellt, da es sich lediglich um eine Ordnungswidrigkeit gehandelt haben soll.



3.3 Sachsen: Kernland der Angriffe

Sachsen bleibt auch bei der Betrachtung über fünf Jahren das Kernland pressefeindlicher Aktionen. Insgesamt 55 und damit fast die Hälfte aller registrierten Angriffe ereigneten sich in dem Freistaat. Ein Großteil davon, 25, fanden allein im Jahr 2015 statt. Dieser Wert treibt das Gesamtergebnis zwar nach oben, jedoch waren auch in den Folgejahren die Angriffe in dem Bundesland stets auf einem hohen Niveau.

Neben Sachsen sind Berlin mit 14 und Bayern mit zehn Fällen die einzigen Bundesländer mit einer zweistelligen Fallzahl seit 2015. Auffällig ist, dass nur sieben der Berliner Fälle dem rechten Spektrum und nur einer dem linken zuzuordnen sind. Die anderen sind nicht eindeutig zuordenbar. In der Gesamtheit aller Angriffe rangieren Bayern (zehn), Nordrhein-Westfalen (acht), Sachsen-Anhalt und Thüringen (jeweils sieben) dahinter. Keinerlei tätliche Angriffe sind dem ECPMF in Bremen, Hessen und Schleswig-Holstein bekannt geworden.

4. Chronik der Pressefeindlichkeit

In den vergangenen fünf Jahren drängte eine radikale Minderheit in Deutschland die Medien in die Rolle des politischen Gegners. Sie werden von diesem kaum seriös zu quantifizierendem Teil der Bevölkerung längst nicht mehr als unabhängige Instanz und „vierte Gewalt“ wahrgenommen, sondern als Propaganda-Apparat, der im Zusammenschluss mit den wirtschaftlichen und politischen „Eliten“ gegen das „Volk“ arbeite (vgl. Peicheva/Rayceva 2017; ebenso Locke 2017, S. 37). Dieses Feindbild wurde vor dem Erstarken von Pegida und AfD nur in der Neonazi-Szene offensiv gepflegt. Dort steht eine pluralistische Medienlandschaft in direkter Opposition zur Vorstellung einer „homogenen Volksgemeinschaft“ (Nattke 2017, S. 78), womit Pressefeindlichkeit zur notwendigen Bedingung rechter Ideologie wird (vgl. Baugut/Neumann 2019, S. 147; Schindler et al. 2019, S. 288; Vorländer 2016, S. 111 f.).

Erst die Pegida-Bewegung (re-)aktivierte mit den „Lügenpresse“-Verleumdungen ab 2014 das bei Rechten lange tradierte Feindbild und trug maßgeblich zu seiner Verbreitung bei. Parallel haben drei Faktoren die Radikalisierung der politischen Rechten und damit die Sicherheitslage von Journalistinnen und Journalisten stark verschärft, sagt Fachjournalist Andreas Speit:

„Ich befürchte, dass dort mehrere Prozesse ineinandergreifen. Das eine ist, dass wir mit dem Rechtsruck in der Mitte der Gesellschaft erleben, dass die rechten Ränder, wenn man die denn Ränder nennen möchte, glauben sich mehr herausnehmen zu dürfen. Sie fühlen sich politisch bestärkt und das macht sich auch in der Militanz bemerkbar. Des Weiteren fühlen sie sich durch die Wahlergebnisse der AfD bestärkt. Beides bedingt sich gegenseitig. Das bedingt sich aber auch aus der Szene selbst heraus. Dort gibt es die Idee des vermeintlich großen Austausches - dass die Eliten in Medien, Wirtschaft und Politik daran arbeiten würden, die ureigene Bevölkerung auszutauschen. [...] Darum haben sie so einen enorm starken Handlungsdruck, der sich in der gesamten rechten Szene bemerkbar macht“

Diesen Handlungsdruck gepaart mit einer gesunkenen Hemmschwelle bekamen Medienschaffende hautnah zu spüren: 92 tätliche Angriffe auf Journalistinnen und Journalisten hat das ECPMF in den zurückliegenden fünf Jahren nach Prüfung registriert.

4.1 Dresden 2015 – Epizentrum der „Lügenpresse“-Diffamierung

Als Geburtsstadt von Pegida etablierte sich Dresden als Zentrum einer ideologiebasierten Pressefeindlichkeit: Allein 13 rechte Angriffe ereigneten sich im Jahr 2015 in Dresden – neun davon bei den sogenannten „Montagsspaziergängen“ von Pegida. Mit der 2014 gegründeten Bewegung trat eine in der bundesrepublikanischen Geschichte nie dagewesene islamfeindliche und völkische Bewegung in die Öffentlichkeit – sie verschaffte dem „Lügenpresse“-Narrativ eine Renaissance (vgl. Röpke 2018, S. 110). Ab 2015 stieg im Vergleich zum Jahr 2014, für welches das ECPMF mit vergleichbarer Recherche drei Gewalttaten registrierte, die Zahl der Angriffe sprunghaft an. Beschränkten sich die Reden auf den ersten Dresdner Versammlungen ab Oktober 2014 zunächst auf die Schelte einzelner Pressebeiträge oder eine abstrakte Kritik an „den Systemmedien“, waren spätestens ab Dezember 2014 „Lügenpresse“-Rufe zu vernehmen. Zwar sind die ersten tätlichen Angriffe der (Pe)gida-Bewegung bei deren Ablegern in Saarbrücken, Hannover und Leipzig Anfang 2015 verzeichnet. Die Saat dafür wurde jedoch von Dresden aus in die Öffentlichkeit gebracht.

Besonders ab dem Herbst 2015 ist das Zentrum pressefeindlicher Angriffe deutlich bei jenen Demonstrationen zu verorten. Betrachtet man die Ereigniszusammenhänge mit Pegida und seinen Ablegern in anderen Städten wird deutlich, dass mit dem abnehmenden Erfolg der Bewegung auch die Angriffe in deren Umfeld zurückgingen. Nach Überschreiten des Zenits von Pegida ab 2016 und spätestens ab 2017 nahmen die Angriffe in diesem Kontext ab. So ereigneten sich nach ECPMF-Erfassung im Jahr 2015 noch die Hälfte aller 44 Angriffe im Zusammenhang mit Pegida-Demonstrationen. 2016 traf dies noch in sieben von 19 und in den darauffolgenden Jahren jeweils in keinem beziehungsweise nur einem Fall zu.

Pegida war nicht nur in Form und Größe eine Neuheit in der Geschichte sozialer Bewegungen, sondern schuf für Journalistinnen und Journalisten auch ein ungewohnt gefährliches Arbeitsumfeld. Wer von vor Ort berichtete, sah sich massiven Einschüchterungen, Bedrohungen und auch tätlichen Angriffen ausgesetzt. Viele Reporterinnen und Reporter, die nicht regelmäßig als Fachjournalistinnen und -journalisten über Rechtsextremismus berichten, waren unvorbereitet und konnten diese Gefahr nur schwer greifen. Die fundamentale Aggression gegen Medien ging nun nicht mehr von organisierten und szenetypisch agierenden Neonazis aus, sondern wurde von einer amorphen Masse an bürgerlich auftretenden Personen beherrscht: „Bei Pegida waren plötzlich alle. Da war tatsächlich eine Mischung von der organisierten Neonazi-Szene in Verbindung mit konservativen Leuten“, sagt Fachjournalist David Janzen.

4.2 Chemnitz 2018 – Abschied vom „besorgten Bürger“

Trotz der sukzessiven Selbsterlegung von Pegida fanden die Angriffe weiterhin statt: Spätestens mit den Ausschreitungen in Chemnitz 2018 zeigte sich, dass Pres-

sefeindlichkeit als Erbe über die Marginalisierung von Pegida hinaus Bestand hat.⁶ Die rechtsextreme Regionalpartei „Pro Chemnitz“, die sich als „Bürgerbewegung“ tarnt, rief im August 2018 zu Protesten auf. Was folgte, waren massive rassistische Ausschreitungen. Nichtweiße, Polizeikräfte und Gegendemonstrierende wurden attackiert (vgl. Quent 2019, S. 19 f.).

Neun tätliche Angriffe auf Journalistinnen und Journalisten ereigneten sich allein am 1. September 2018. Die Geschehnisse des Chemnitzer Herbstes legten offen, dass der Hass auf Presse und Medien über die rechte Szene hinaus in Teilen der Gesellschaft eine Basis gefunden hat. Neben Rentnern mit Krücken bedrohten und schlugen auch polizeibekannte Neonazis Pressevertreterinnen und -vertreter.

Aus dem Schulterchluss zwischen einschlägig bekannten Neonazis, AfD-Politikerinnen und -Politikern und „dem reaktionären Bürgertum, das in der AfD ein politisches Zuhause gefunden hat“ (Quent 2019, S. 21), wurde auch ein Fehlschluss offenbar: Der vage formulierte Sammelbegriff des „[besorgten Bürgers](#)“ verlor spätestens seit den Chemnitzer Versammlungen seine inhaltliche Relevanz. Anfangs hatten die Autoren dieser Studienreihe noch versucht, hinsichtlich des Aggressions- und Gewaltpotenzials zwischen Neonazis und Versammlungsteilnehmenden mit „bürgerlichem“ Auftreten zu unterscheiden. So sollten Anzeichen etwaiger Radikalisierungstendenzen einer breiteren gesellschaftlichen Masse identifizieren werden. Mit Chemnitz zeigte sich jedoch die logische Inkonsistenz dieses Konzeptes (vgl. Ecke 2018).

Auch theoretisch fehlt dem Konzept der vermeintlichen Bürgerlichkeit die Substanz: „Bürger“ und „besorgte Bürger“ sind nicht zwei Kategorien von Menschen aus der sogenannten Mitte der Gesellschaft, die sich in ihren politischen Ansichten oder im vermeintlichen „Radikalisierungsgrad“ per se unterscheiden. Der Versuch, die „besorgten Bürger“ durch eine mediale und politische Übernahme des von ihnen selbst geprägten Begriffes nicht gleich in die berühmte „rechte Ecke“ zu stellen, sondern in die Ecke davor, hat nicht funktioniert. Der Begriff mag am Anfang zur Unterscheidung zwischen Menschen mit etablierten rechtsextremen Einstellungen (Decker et al. 2010, S. 20) und Bürgerinnen und Bürgern, die sich in ihrem konservativen Weltbild politisch heimatlos fühlten, zur Differenzierung beigetragen haben. Spätestens seit Chemnitz lässt sich der Begriff nicht mehr mit einer wie auch immer gearteten politischen Unschuld assoziieren: Ihm fehlt nun nicht nur jede Trennschärfe, letztlich verlor er auch mit dem Rückzug der

⁶ Manche Expertinnen und Experten sehen schon lange vor 2018 eine Überschneidung zwischen vermeintlich „asylkritischen Demonstrierenden“ und einer stark vernetzten Neonazi-Szene (z. B. Nattke 2017 oder Funke 2016, S. 45). Da die massiven pressefeindlichen Angriffe auf Journalistinnen und Journalisten in Chemnitz 2018 allerdings ihren Höhepunkt fanden, wird insbesondere auf diese Ereignisse bezuggenommen.

wohlmöglich grundrechtsbefürwortenden (Pe)gida-Teilnehmenden schnell das bürgerliche Fundament (vgl. Locke 2017, S. 38).⁷

4.3 Hannover 2019 – Unverhohlene Einschüchterung

Regelmäßige „Lügenpresse“-Schmähungen, Beleidigungen und schwerste Bedrohungen auf der Straße und im Netz gehören ebenso wie tätliche Angriffe inzwischen zum Alltag vieler Journalistinnen und Journalisten. 2019 wurde diese Reihe an Einschüchterungsversuchen um ein Element erweitert: Am 23. November 2019 fand eine NPD-Demo unter dem Motto „Schluss mit steuerfinanzierter Hetze! Feldmann in die Schranken weisen“ in Hannover statt. Zum ersten Mal richtete sich eine pressefeindliche Demonstration explizit gegen einzelne Journalisten.

Neben David Janzen und André Aden stand der freie Journalist Julian Feldmann, der seit vielen Jahren zum Thema Rechtsextremismus arbeitet, im Fokus. Anlass dieser Demonstration war Feldmanns Berichterstattung zu Heldenfiguren der Szene, sagt Andreas Speit:

„Die Rechtsextremen wollten in dem Fall den Kollegen, der für den NDR regelmäßig berichtet, unter Druck setzen, da er ein Thema angeschnitten hat, das sie trifft. Was ich auch kenne. Er hatte kritisch über einen ihrer Zeitzeugen aus dem Nationalsozialismus – in dem Fall einen Kriegsverbrecher – berichtet, das ficht sie sehr an. Denn das sind ihre Leute, ihre Helden.“

Daneben sieht Speit noch einen weiteren Grund:

„Mit dem Aufmarsch wollten sie zudem versuchen die Stimmung gegen öffentlich-rechtliche Medien für sich zu nutzen. Also auf diesem Level: ‚Wer will denn schon gerne GEZ-Gebühren bezahlen

⁷ Die Vorstellung eines „bürgerlichen Fundaments“, auf dem man fest zu stehen proklamiert, erfüllt vor allem eine Legitimationsfunktion, um die Unschuldskultur über den positiv konnotierten Begriff des „Bürgerlichen“ zu pflegen (vgl. Bude 2009). Diese Bürgerlichkeit steht zunächst als direkter Antipol zu einem „Extremismus“, mit dem man nichts gemeinhaben will, wie Terzić schreibt: „Der Extremismus besteht hier im indifferenten Zusammenraufen gegen einen Feind (>Nazismus<), den man heraufbeschworen hat, um sich selbst lautstark zu beweisen, dass man dessen reinste Antithese ist – die >Arier< unter den Anti-Nazisten sozusagen. Man beschwört in diesen Momenten implizit eine Gesellschaft mit weißer Weste, eine makellose Kultur, die sich sicher jenseits dieser einzigartigen Verbrechens-Geschichte weiß [...] Der Eklat ist in diesem Sinne das Instrument eines Extremismus der Mitte [...]“ (Terzić 2011, S. 356)

*für den Scheiß, den wir da kriegen' und jetzt
machen die noch Oma und Opa schlecht.“*

Auch David Janzen, der selbst unfreiwillig im Fokus der Demonstration stand, sieht Hinweise, dass die NPD zugleich versucht, populäre Themen wie etwa die Vorbehalte gegen die Rundfunkgebühren auszuschlachten. Die Demonstration sei schon viel länger unter einem anderen Motto angemeldet gewesen und erst später von den Anmeldern auf das „Journalisten- und GEZ-Motto“ gemünzt worden. Ein Beitrag auf der Website der NPD Hannover gibt Aufschluss zur Motivation. Diese bestand für die erwähnte Demonstration in Hannover demnach auch in der Aufmerksamkeit, die der durch die AfD marginalisierten Partei zukam: Häufig käme die schmähende Bemerkung, dass sie „unbedeutend“ seien, heißt es auf der Webseite der NPD Hannover. Im gleichen Atemzug würden „ca. 600 Organisationen zu Gegenprotesten mit bis zu 10.000 Demonstranten gegen die NPD“ aufrufen. Das passt zu ihrer Strategie: Schon 2009 hielt die NPD in einem Leitfaden fest, dass ein „stetiger Tropfen den Stein“ höhlt (zit. nach Röpke 2018, S. 112). Die Mission ist also klar: „Jede Meldung, egal ob gut oder schlecht, ist eine Meldung“ (ebd.).

Dabei wird ein ambivalentes Verhältnis der rechten Szene zu Öffentlichkeit und Journalismus deutlich: Einerseits signalisieren sie durch Gewalttaten und Aggressionen ihren Hass auf pluralistische Meinungen und Darstellungsformen. Andererseits sind sie auf die Öffentlichkeit angewiesen, um ihre Sichtbarkeit zu erhöhen. Das liegt vor allem daran, dass die rechte Szene in den Medien ein beeinflussbares und einflussreiches Feindbild sieht, wie Philip Baugut und Katharina Neumann (2019, S. 163) in ihrer medienwissenschaftlichen Untersuchung feststellen.

Doch der Versuch der NPD, die „Lügenpresse“-Saat und das Thema Pressefeindlichkeit für die etablierte Neonazi-Szene zu nutzen, ist zumindest hinsichtlich der Mobilisierung gescheitert. Gerade einmal 120 Menschen folgten dem Aufruf – auf der Gegenseite fanden sich 7.000 Menschen, die für Pressefreiheit demonstrierten. Auch die Solidarität unter Journalistinnen und Journalisten war groß: Rund 750 Medienschaffende unterzeichneten einen [Aufruf](#), der die Politik zum Handeln bringen sollte.

In Anbetracht des explizit pressefeindlichen Mottos hätten die betroffenen Journalisten wohl besondere Schutzbemühungen der Polizei für Medienvertreterinnen und -vertreter erwartet. Doch ausgerechnet in Hannover wurden erneut zwei Journalisten angegriffen ohne, dass die Polizei einschritt. David Janzen sagt: „Gerade an dem Tag ging ich davon aus, dass die Polizei ein besonderes Auge auf das hat, was da passiert. Ich dachte nicht, dass irgendwas passiert.“ – Und dann passierte es doch. Der Fachjournalist wurde angerempelt, geschubst und sein Objektiv mit Speichel verschmiert. Einem weiteren Journalisten wurde später ein Schlag gegen den Kopf gegeben.

Doch auch von Journalistinnen und Journalisten erfordert der Umgang mit Rechten ein hohes Maß an Verantwortungsbewusstsein. Zwar fanden Baugut und Neu-

mann heraus, dass viele Presseleute entsprechend versiert sind. Jedoch müssen sich Journalistinnen und Journalisten auch die Frage gefallen lassen, inwiefern sie sich instrumentalisieren lassen. Der NPD-Funktionär Thorsten Heise wurde bei jener Demo in Hannover von öffentlich-rechtlichen Reporterinnen und Reportern interviewt. So konnte der Neonazi-Kader seine Sichtweise ins Rampenlicht rücken. Dabei steht er mit einem massiven tätlichen Angriff auf zwei Journalisten 2018 in Verbindung und drohte Presseleuten in Ostritz 2019 mit den Worten „Der Revolver ist geladen“. Unter Journalistinnen und Journalisten wird solches Vorgehen [scharf kritisiert](#).

5. Feindbild „Lügenpresse“ – Scharnierbegriff und Positionslight

Der Zeitpunkt, ab dem die Vokabel „Lügenpresse“ (wieder) erfolgreich Eingang in den öffentlichen und wahrnehmbaren Diskurs fand, lässt sich recht genau bestimmen: Seitdem Pegida im Herbst 2014 mit ihren wöchentlichen Demonstrationen in Dresden die politische Landschaft betrat, erfuhr auch das pressefeindliche Narrativ eines vermeintlich elitengesteuerten, staatsnahen Medienapparates eine Renaissance. Es war seit Mitte des 20. Jahrhunderts in der Form nicht mehr aufgetaucht (vgl. Neverla 2017; Denner/Peter 2017, S. 275 f.).

Medienangebote werden per se als gleichförmig in politischer Positionierung und Inhalten dargestellt – es gäbe praktisch nur eine „Mehrheitsmeinung“. Aus dieser Perspektive existiert keine Pluralität der veröffentlichten Meinung. Damit fällt es leicht, „die Medien“ als Abbild und Symptom einer imaginierten „Elitenherrschaft“ darzustellen. Sie dienen rechten Akteurinnen und Akteuren als Feindbild (vgl. Wildt 2017, S. 11).

„Lügenpresse“-Schmähungen erfüllen zwei zentrale Funktionen in rechten Diskurswelten: Einerseits wird durch die Einschüchterung auf praktischer Ebene versucht, tatsächlichen Meinungspluralismus einzuschränken. Unliebsame Inhalte und Darstellungsweisen, die nicht dem Selbstbild der Akteurinnen und Akteure entsprechen, sollen so verhindert werden. Andererseits findet die „Lügenpresse“-Diffamierung mit ihrem ideologischen Fundament die Möglichkeit, das konstitutive Äußere – hier also „die Medien“, die „gegen das Volk“ arbeiten würden – zu delegitimieren.

Gesellschaftliche Aushandlungsprozesse werden damit unmöglich gemacht: Die Präsentation einer einzigen legitimen Weltsicht erschafft gleichzeitig die Delegitimierung der anderen. „Lügenpresse“-Schmähungen stehen somit außerhalb demokratischer Prinzipien und Politiken. Die Gefahr: Demokratien werden von innen durch ihre eigenen Institutionen, wie etwa die Presse- und Meinungsfreiheit, ausgehöhlt (vgl. Levitsky/Ziblatt 2018). Das Privileg, „Lügenpresse“ in einer Demokratie rufen zu dürfen, ist gleichzeitig der Angriff auf sie selbst.

Ein knappes Fünftel der Deutschen glaubt, dass die Bevölkerung in Deutschland von den Medien systematisch belogen wird, wie eine Studie des Instituts für Pu-

blizistik der Johannes-Gutenberg -Universität Mainz (2020) herausfand. Damit hat der politische Kampfbegriff von der „Lügenpresse“ eine zweifelhafte Karriere hingelegt und eine Wirksamkeit über die engen neonazistischen Zirkel hinaus entwickelt. Der zuvor wenig beachtete Hass auf die Presse fand einen Resonanzraum in der Gesellschaft, der Kampagnen gegen Journalistinnen und Journalisten und ganze Medienhäuser erst möglich machte. Die tätlichen Angriffe sind damit nicht nur ein Kollateralschaden der Meinungs- und Pressefreiheit, sondern sind auch Symptom rechter Kampagnen gegen Presse- und Meinungsfreiheit.

6. Drohszenarien: Hass auf der Straße, Hass im Netz

Pressefeindlichkeit traf Presseleute in den zurückliegenden Jahren nicht nur in Form von direkter, tätlicher Gewalt. In der Medienöffentlichkeit wurden auch schwerwiegende Bedrohungen thematisiert, die die journalistische Arbeit beeinträchtigen.

In Hannover waren gleich zwei Formen massiver Einschüchterung von Journalistinnen und Journalisten sichtbar: Neben tätlichen Angriffen kam es dort zu schwerwiegenden, öffentlich formulierte Drohungen. In Redebeiträgen auf der Demonstration hieß es: [„Wir haben die Namen und Adressen.“](#) Hier richtete sich die Feindseligkeit nicht gegen eine abstrakte „Lügenpresse“, sondern gegen explizit genannte Journalisten. Die extreme Rechte baut damit eine erweiterte Drohkulisse auf. Sie gewinnt ihren Einfluss auch dadurch, dass die von den Bedrohungen ausgehende Gefahr kaum kalkulierbar ist. Der Mord an dem CDU-Politiker Walter Lübcke und die damit verknüpfte Debatte um rechte „Feindeslisten“ haben mehr Aufmerksamkeit für Einschüchterungsversuche gebracht. Allerdings ist die Frage, ob die Einschüchterungsversuche gegen Journalistinnen und Journalisten zugenommen haben und die Gefahr gestiegen ist, zum Opfer gezielter Bedrohungen oder Gewaltverbrechen zu werden, nur schwer zu beantworten.

6.1 Einschüchterungen – Kein neues Phänomen

Einige Journalistinnen und Journalisten leben seit Jahren mit schwerwiegenden Bedrohungen aus der rechten Szene. So musste der Dortmunder Lokaljournalist Peter Bandermann 2015 sogenannte „Hausbesuche“ ertragen.⁸ Auch Morddrohungen gab es immer wieder: 2015 etwa wurden auf [Facebook gefälschte Todesanzeigen](#) publiziert, und schwerwiegende Einschüchterungen [gegen Journalistinnen](#) und Journalisten wurden auch in den zurückliegenden Jahren öffentlich [thematisiert](#). So sorgte auch im Mai 2019 bereits der Eingang eines Briefes mit unbekannter Substanz für einen ABC-Einsatz der Sicherheitskräfte im WDR-Studio Dortmund für eine breitere Berichterstattung. Er war an einen Reporter des Senders adressiert. Die öffentliche Sensibilität für Morddrohungen gegen Amtsträgerinnen, Perso-

⁸ Die Namen von Betroffenen Medienschaffenden oder Medien werden nur veröffentlicht, wenn diese aus der Berichterstattung oder durch Veröffentlichung durch die Betroffenen selbst bekannt sind, um eventuelle Wiederholungseffekte zu vermeiden.



nen des öffentlichen Lebens und Journalisten stieg jedoch spürbar erst nach dem ersten rechtsextremen politischen Mord gegen einen amtierenden Politiker in der Geschichte der Bundesrepublik Anfang Juni 2019. Dies lag auch daran, dass eine Morddrohung gegen den Monitor-Redaktionsleiter Georg Restle direkten Bezug auf die Ermordung Lübckes nahm. Die Drohung erreichte Restle, der kontinuierlich zu Rechtsextremismus publiziert und kommentiert, im Nachgang zu einem AfD-kritischen Tagesthemen-Kommentar.

Er war nicht der einzige, der eine Drohung mit Verweis auf den Lübcke-Mord erhielt. Auch Fachjournalist David Janzen wurde per Instagram mit einem Video bedroht, in dem hieß es: „heute Walter, morgen Janzen“. Dabei spielt es keine Rolle, ob diese Drohungen direkt auf der Straße erfolgen oder die Betroffenen über das Netz erreichen. Die Androhung von Gewalttaten wirkt vor allem, weil die Folgen nicht berechenbar sind, sagt David Janzen:

„Also wenn die am Rande eines solchen Naziaufmarsch sagen, wir wissen wo du wohnst. Das ist keine Bedrohung, nichts, aber natürlich wird damit etwas deutlich gemacht. Wir haben dich im Auge, wir sehen dich. Wir können jederzeit was machen. [...] Natürlich ist das irgendwie lächerlich und man gewöhnt sich daran. [...] aber das heißt natürlich, da kommt immer jemand, und der könnte auch was anderes machen. Von daher weiß man ja auch nicht wirklich, wie ernst diese Drohungen sind.“

Dazu kommt: Die Hürden für eine Bestrafung der häufig in sehr allgemeinen Formeln verpackten Drohungen sind hoch. So wurde das Verfahren gegen den 20-jährigen Braunschweiger Rechtsextremisten, der das Instagram-Video mit der Morddrohung gegen Janzen gepostet hatte, direkt eingestellt. In dem Fall, „weil der Täter schon wegen anderen Delikten verurteilt wurde, so dass darauf nicht mehr so viel Gewicht fallen würde“, erklärt Janzen die Position der Strafverfolger.

Die Bedrohungen richten sich zu einem großen Teil gegen in der Szene bekannte Journalistinnen und Journalisten wie David Janzen und Andreas Speit. Sie sind als gezielte Aktionen gegen die journalistischen „Störenfriede“ zu werten, die aufgrund ihrer vorangegangenen Recherchen und Publikationen als Szenefeinde wahrgenommen werden. Nicht „jeder, der mal über Rechtsextremismus oder Rechtspopulismus berichtet, rückt sofort ins Visier dieser Szene“ sagt Andreas Speit, selbst ein versierter Fachjournalist. Rechtsextremisten „wollen ja eine mediale Resonanz, sie wollen ja wahrgenommen werden. Und da gilt eben auch, schlechte Presse ist für sie auch gute Presse, weil sie eben in der Presse sind. Aber wir erleben, dass Fach-

journalisten und -journalistinnen sehr massiv angegangen werden, auch schon seit Jahren. Man versucht deren Arbeit zu behindern."

Zwar finden Angriffe gegen zuvor identifizierte Fachjournalistinnen und Fachjournalisten auch auf Demonstrationen statt. In ihrer Personalisierung und Planung unterscheiden sich diese Attacken aber zum Teil von den „Lügenpresse“-Anfeindungen auf Demonstrationen. Die situativ eskalierenden Tätlichkeiten, Beleidigungen und Bedrohungen dort geschehen zwar auch aus einem Hass gegen die Presse. Allerdings richten sie sich gegen den als vermeintliche „Lügenpresse“ wahrgenommenen Berufsstand im Allgemeinen.

Die Münchner Medienwissenschaftlerin und der -wissenschaftler Neumann und Baugut haben in diversen Interviews mit Journalistinnen und Journalisten herausgefunden, dass die Szene in Drohungen und Gewalt gegen Medienschaffende eine bewährte Möglichkeit sieht, Berichterstattung zu kontrollieren. Demnach würden die Einschüchterungsversuche und Bedrohungen Wirkung zeigen: Die Befragten erzählen beispielsweise, dass ihnen eine Veränderung in der Berichterstattung über die rechte Szene aufgefallen ist. Zudem würden Journalistinnen und Journalisten offenbar die Konsequenz ziehen, Rechtsextreme zumindest in der direkten Interaktion nicht zu provozieren und auf Abstand zu gehen (vgl. Baugut/Neumann 2019, S. 161). Schwer festzustellen ist, in welchem Umfang der von den Rechten wahrgenommene „Erfolg“ auch der Realität entspricht, also: wie viele Betroffene nach Drohungen auf Publikationen von ihrer Arbeit lassen. Trauriger Befund aus einzelnen [Medienberichten](#) und Rückmeldungen an das ECPMF ist, dass sich einige Journalistinnen und Journalisten aufgrund des Drucks zurückgezogen haben: Sie recherchieren nicht mehr selbst vor Ort, andere wenden sich „unpolitischen“ Themen oder gar anderen Berufen zu.

6.2 „Bedrohung“: ein komplexer Tatbestand

Repräsentative Zahlen zu schwerwiegenden Einschüchterungsversuchen und Morddrohungen gegen Medienschaffende fehlen. Das liegt zunächst an der Schwierigkeit, Morddrohungen verlässlich als solche statistisch zu erfassen.⁹ Eine eindeutige juristische Definition existiert nicht, jeder Einzelfall muss von Gerichten bewertet werden. Morddrohungen sind kein eigener Straftatbestand, können aber gleichwohl durch Anwendung des Paragraphen 241 des Strafgesetzbuches – Androhung mit einem Verbrechen – bestraft werden. Für die Anwendung ist die Bewertung relevant, ob eine konkrete Tötungsabsicht geäußert wird oder diese [„als Beschimpfung bzw. Verwünschung anzusehen sind.“](#) Demnach wäre eine Veröffentlichung von Todesanzeigen schon ausreichend konkret, da hier der Tod der Betroffenen als Ziel definiert wird. Zu allgemein für die Anwendung wäre eine Aussage wie: „Fühl Dich nur nicht zu sicher“.

⁹ Das ECPMF hatte in seiner ersten Erfassung 2015 noch schwere Bedrohungen kategorisiert, aber aufgrund der schwierigen Validierung sowie der großen Anzahl bekannt gemachter Taten ab der Studie „Feindbild II“ Bedrohungen nicht mehr systematisch erfasst.

Neben der unscharfen Tatdefinition erschwert auch das wahrscheinlich große Dunkelfeld eine abgesicherte Aussage, inwiefern schwerwiegende Bedrohungen gegen Journalistinnen und Journalisten zunehmen. Denn viele Betroffene bringen diese gar nicht erst zur Anzeige. Sie befürchten, dadurch weiterhin im Fokus zu stehen, von ihrer journalistischen Tätigkeit abgehalten zu werden oder erwarten keine Aufklärung durch die Ermittlungsbehörden.

Trotz dieser Hürden lässt sich durch die Auswertung der Zahlen aus der seit 2016 geführten BKA-Erfassung „Politisch motivierte Kriminalität gegen Medien“ – vorsichtig – einer Interpretation annähern: Die Zahl der gemeldeten Straf- und Gewalttaten ist von 93 erfassten Straftaten für 2018 auf 104 im Folgejahr gestiegen. Sie lassen sich als Indiz für eine gesteigerte Gefährdung von Journalistinnen und Journalisten werten.

6.3 Exkurs I: Öffentlich-rechtliche Mitarbeitende als Angriffsziel

Die Mitarbeitenden der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sind zunehmend Hass und Hetze ausgesetzt, darunter auch Morddrohungen. Eine ECPMF-Umfrage im Rahmen dieser Studie ergab, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von BR, RBB, SWR und WDR zwischen 2017 und 2019 personalisierte Gewaltdrohungen erhalten haben. Der RBB und der SWR erfassten für den Zeitraum jeweils eine mittlere einstellige Anzahl von schweren personalisierten Gewalt- oder Morddrohungen. Der WDR teilte mit, dass ihm vier schwere Gewalt- oder Morddrohungen zwischen 2017 und 2020 bekannt sind. Davon hätten sich drei gegen Mitarbeiter gerichtet, darunter auch eine gegen Georg Restle, eine gegen den Gast einer Sendung.

Der BR konnte die Zahl schwerer Bedrohungen nicht genau quantifizieren. Jedoch seien „häufiger subtile Einschüchterungsversuche zu beobachten. Die Mitarbeitenden erhalten anonyme Drohmails oder es werden Namen und Fotos von Reportern auf rechtsextremen Portalen, auch auf sogenannten Todeslisten, verbreitet.“ So erhielt ein Mitarbeiter eine E-Mail an seine Dienstadresse, in der ihm ein „Staatsstreicherorchester/NSU 2.0“ mit Mord drohte. Mutmaßliche Rechte bedrohten einen Mitarbeiter auch durch personalisierte Graffiti in fränkischen Städten: „(Name des Kollegen) am 1. Mai komme ich zu dir“. MDR, NDR und Radio Bremen gaben an, dass gegen ihre Mitarbeitenden keine personalisierten Gewalt- oder Morddrohungen vorlagen, während der Saarländische Rundfunk dazu generell keine Auskunft gibt, zur „Vermeidung von Nachahmungseffekten“. Der Hessische Rundfunk und das ZDF erfassen Bedrohungen nicht detailliert, haben aber jeweils dazu bereits Strafanzeigen gestellt. „In den vergangenen Jahren hat die Zahl der juristischen Maßnahmen zugenommen“, so die Pressestelle des Mainzer Senders.

Mehrere Sender betonen die Rolle der Plattformmedien als Kanal für Anfeindungen, etwa der WDR: „Insbesondere in den Sozialen Medien kommt es wiederholt zu verbalen Grenzüberschreitungen.“ Der BR schreibt: „Vor allem das Phänomen Hass und Hetze im Netz hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen.“ Und vom RBB

heißt es: „Die im Justitiariat diesbezüglich aktenkundigen Bedrohungen wurden ausschließlich online (via E-Mail, Twitter, Facebook etc.) übermittelt und enthielten primär Androhungen des Todes oder (schwerer) Körperverletzungen.“

Da viele Häuser den Verlauf der Anzeigen nicht dokumentieren, ist eine repräsentative Analyse zu Ermittlungsergebnissen und etwaigen Urteilen nicht möglich. Angaben zu Täterinnen und Tätern konnten BR, WDR und MDR für einige Anfeindungen machen. Ein von Bedrohungen und Tötlichkeiten betroffener WDR-Reporter sei aus dem rechtsextremen Spektrum bedroht worden. Vergleichbar heißt es vom BR: „Die meisten betroffenen Reporter und investigativen Journalisten recherchieren im rechten Bereich.“ Auf den politischen Hintergrund lasse sich eindeutig durch Wortlaut, Codes und Symbol-Sprache schließen.

Einhellig resümieren die Öffentlich-Rechtlichen, dass die Bedrohungen keinerlei Auswirkungen auf die eigene Berichterstattung hätten. Ein Sender meldete zurück, dass von Anfeindungen betroffene Mitarbeiter „bei risikoreichen Aktionen der rechten Szene nicht mehr persönlich vor Ort recherchieren“. Als Mittel zum Mitarbeiterschutz kann dies notwendig sein und ist völlig legitim – man könnte dies jedoch auch als Erfolg rechter Einschüchterungen werten.

Bereits bei der ersten Umfrage des ECPMF im Jahr 2016 hatten die öffentlich-rechtlichen Sender bilanziert, dass die Aggressivität gegenüber den eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern seit dem Ukraine-Konflikt 2014 und Pegida 2015 spürbar gestiegen sei. Damals wurde bereits ein Anstieg von Hasszuschriften registriert. Dieser Trend scheint sich fortzusetzen. Aus den vorliegenden Rückmeldungen lässt sich auf eine leichte, nicht aber auf eine signifikante Zunahme schwerer Bedrohungen schließen. Einige Sender hatten auch in den Jahren 2015 und 2016 schon einzelne schwerwiegende Gewaltdrohungen registriert.

6.4 Exkurs II: WDR 2019 als Angriffsziel

Die öffentlich-rechtlichen Medien stehen im besonderen Fokus der Rechten. Auch, weil sich aus Kampagnen gegen die sogenannten „Zwangsgebühren“ eine breite öffentliche Aufmerksamkeit generieren lässt. Das zeigt beispielhaft die Debatte um das sogenannte „Umweltsaulied“ des WDR. [Die Skandalisierung](#) eines satirischen Kinderliedes ist auf eine Social-Media-Kampagne Ende Dezember 2019 zurückzuführen, die maßgeblich von rechten Accounts befeuert wurde, [wie eine Untersuchung](#) des Social-Media-Analysten Luca Hammer ergab. Parallel hatten Rechtsextreme vor dem Kölner Funkhaus demonstriert. Hier entsprach das Werk rechter Trolle fast schon musterhaft der Analyse von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern des Institute for Strategic Dialogue, die 2017 und 2018 rund 1,6 Millionen rechtsextreme Twitter- und Facebook-Kommentare ausgewertet und [analysiert hatten](#): „Ziel dieser Koordination ist es, politische Inhalte in der Mitte der Gesellschaft zu platzieren und den Eindruck zu erwecken, die kommunizierten Einstellungen zu diesen Inhalten entsprächen der Einstellung des Durchschnittsnutzers. Auf diese Weise soll

eine verzerrte Darstellung des Meinungsbildes erreicht werden, die wiederum auf die tatsächlichen Meinungen der User zurückwirkt."

Fragwürdig erscheint vor diesem Hintergrund, wieso Intendant Tom Buhrow einen Monat danach seine schnelle Entschuldigung für das Lied damit begründete und [verteidigte, dass es die Mitte der Gesellschaft verstört habe](#). Ein anderes Bild hatte offenbar der Rundfunkrats-Vorsitzende Meyer-Lauber, der in den rund 3000 Zuschriften eine grundsätzliche Kampagne gegen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk sah. Der WDR-Rundfunkrat sei kein „Abladeplatz rechtsextremer Beschimpfungen“. Die Kampagne gipfelte wiederum in Morddrohungen gegen WDR-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Damit tragen die Initiatoren der „Umweltsau“-Kampagne eine Mitverantwortung für diese Bedrohungen.

6.5 Online-Hass gegen Publizierende

Die Kampagne gegen den WDR sowie die Auskünfte öffentlich-rechtlicher Sender legen nahe, dass über das Internet transportierter Hass die Arbeit von Medienschaffenden längst beeinflusst. Fast die Hälfte aller Vorfälle von Hate Speech („Hassrede“) ereignet sich mittlerweile im Netz. Allerdings sind Ausmaß und Auswirkung von „Hassrede“ gegen Journalistinnen und Journalisten noch wenig erforscht. In einer 2017 publizierten Studie des Bielefelder Instituts für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung gaben 42 Prozent der befragten Journalistinnen und Journalisten an, im Vorjahr mehrfach Anfeindungen erlebt zu haben. Jeder zweite fühlt sich von den Anfeindungen des Publikums belastet – unerheblich davon, ob er oder sie selbst betroffen war.

Eine Auswertung von BKA-Daten zu Hasspostings [ergab](#), dass in den Jahren 2017 und 2018 drei Viertel aller vom BKA registrierten Inhalte aus dem rechten Lager stammen. Als Hasspostings werden einer Definition des Bundesamtes für Verfassungsschutz folgend seit 2017 „Drohungen, Nötigungen, Verunglimpfungen, extremistische Inhalte und unverhohlene Aufrufe zu Straf- und Gewalttaten“ gezählt. Dass die massiven Drohungen verstärkt gegen Frauen gerichtet sind (vgl. Ulrich/Greif 2019), überrascht angesichts der rechten Ideologie vieler Trolle nicht: Das rechte Männlichkeitsideal ist an eine soldatische Vorstellung von Dominanz geknüpft (Virchow 2010, S. 46), mit dem männliche Privilegien und Macht verteidigt werden sollen. Emanzipatorische und widersprechende Frauen, die jene Privilegiensicherheit destabilisieren, bringen rechte Männlichkeitskonstruktionen in eine Krise. Obwohl jede Frau ein potenzielles Angriffsziel von Hassrede und Bedrohungen im Netz sein kann, sind in der Öffentlichkeit stehende Journalistinnen und Publizistinnen besonders von rechter Hetze und Drohungen betroffen (vgl. Council of Europe Gender Equality Unit 2016, S. 7).

6.6 „Feindeslisten“ – Unklare Gefährdung

Auf verschiedenen sogenannten „Feindeslisten“¹⁰ von Rechten stehen auch die Namen von Journalisten und Journalistinnen. So fand sich etwa auch ein [Redakteur der Frankfurter Rundschau auf einer dieser Feindeslisten](#). Die verschiedenen Datensätze sollen zehntausende Namen von Menschen bündeln, die von Rechten als politische Gegner identifiziert wurden. Einige dieser Listen beinhalten zusätzlich zu den Namen [auch die Adressen](#). Nach der [Bewertung des BKA](#) „liegen derzeit grundsätzlich keine Anhaltspunkte dafür vor, dass die aufgelisteten Personen konkret gefährdet sind“. Fachjournalist Andreas Speit sagt hingegen: „Ich würde diese Listen trotzdem niemals völlig als kleine Sammelwut herunterspielen. Weil, oftmals ist es ja dann eben doch die Kombination, dass bei einzelnen Gruppen, wo es Listen gibt, auch Waffen gibt und Pläne für den „Tag X“. Das kann man nicht so vom Tisch wischen und so tun, ja kommt, die sammeln da nur Adressen“.

Auf ein einheitliches Vorgehen in der Frage, ob und wie Betroffene informiert werden sollten, konnten sich die Sicherheitsbehörden der Länder und des Bundes nicht einigen. Einige Länder wie Hessen, Thüringen und Bayern informierten Betroffene postalisch, andere nicht. Da ein großer Teil der Betroffenen so weiter in Unsicherheit leben müsse, [verklagte](#) der Journalist Arne Semsrott das BKA auf Herausgabe der „Nordkreuz“-Liste. Semsrott scheiterte damit. Mehrere Journalistenorganisationen hatten zudem von Innenminister Seehofer gefordert, die Feindeslisten als Bedrohung [ernster zu nehmen](#) und den Zugang zu Sicherheitsmaßnahmen wie [erleichterten Auskunftssperren](#) zu gewährleisten.

7. Staatliche Gegenmaßnahmen und journalistische Schutzbedarfe

Das verfassungsmäßig verankerte Grundrecht auf Presse- und Meinungsfreiheit im Artikel 5 des Grundgesetzes schützt – zumindest theoretisch – alle Journalistinnen und Journalisten in Deutschland. Dem Staat steht ein großes Instrumentarium zur Verfügung, das Medienschaffende vor Angriffen schützen kann – oder könnte. Zur Verhinderung tätlicher Angriffe ist insbesondere die Polizei gefordert. Das zeigt die Fallanalyse der letzten fünf Jahre.

7.1 Polizei: Haltung und Bildung

Insbesondere bei Versammlungen, aber auch bei konkreten Bedrohungslagen im Privatbereich ist die Polizei beauftragt, die Sicherheit zu gewährleisten. Für das Gelingen ist zentral, wie das Bewusstsein der einzelnen Polizeikräfte geschärft ist und welche Rolle sie der Presse überhaupt zusprechen, sagt Sven Adam. Er ist Anwalt

¹⁰ Nachdem Lübcke-Mord kursierte auch der Begriff der „Todeslisten“, da der Name Walters Lübckes auf einer Liste des NSU stand. Allerdings ist ein Zusammenhang nicht belegt, der Begriff sollte im Weiteren nicht verwendet werden.

im Fall der in Fretterode/Thüringen von Neonazis mit Waffen angegriffenen Journalisten. Es komme darauf an,

„ob die Presse als Störfaktor oder man sie als einen Faktor innerhalb der Demokratie angesehen wird, den es zu verteidigen gilt – und zwar durch die Polizei. Und sie zu schützen vor Angriffen. Und das hat man leider häufig, dass Fachjournalismus insbesondere bei der Recherche gegen rechts sehr häufig damit konfrontiert ist, dass der Schutz suboptimal und vielleicht von der Polizei auch nicht gewollt ist.“

In der Vergangenheit erlebten viele Betroffene einen unzureichenden Schutz und teilweise sogar Behinderungen der Arbeit durch die Polizei. Neben der Sensibilität ist daher auch fundiertes Wissen im Presserecht erforderlich. Gerade Fachjournalistinnen und -journalisten, die konsequent über rechte Aktivitäten berichten, sind immer wieder mit Fehleinschätzungen und Fehlverhalten der Polizei konfrontiert (vgl. Röpke 2018). Oftmals, so berichten es Fachjournalistinnen und -journalisten, halten Polizeikräfte Angriffe von Neonazis für politische Streitereien zwischen Linken und Rechten.

Die Polizei vor Ort sei nur unzureichend geschult. Es sei sehr individuell und situationsabhängig, ob man mit dem Schutz durch die Polizei rechnen könne, sagt David Janzen:

„Das hängt tatsächlich immer von dem einzelnen Beamten, Einsatzleitern und anderen ab. Aber Lerneffekte sehe ich nicht, denn die Sachen sind juristisch total klar. Und trotzdem kommen immer wieder Beamte, die sagen, wir dürften keine Leute filmen. Und das erlebt man oft. [...] Gerade bei Demos.“

Für Journalistinnen und Journalisten stellt dies eine große Unsicherheit dar. Es ist praktisch dem Zufall überlassen, ob die Polizeikräfte vor Ort die Pressefreiheit gewährleisten können oder wollen. Zwar gibt es auch zahlreiche positive Beispiele, bei denen in den letzten Jahren die Arbeit der Polizei gelobt wurde, etwa Journalisten bei heiklen Demonstrationen zurück zum Auto begleitet wurden oder Kontaktpersonen vor Ort erreichbar waren. Dies ist, so muss man angesichts der neuerlichen Angriffe dennoch festhalten, nicht die Regel.

Das Bewusstsein für die Wichtigkeit der Presse- und Medienfreiheit bei der Polizei zu schärfen versprach im September 2018 – kurz nach den massiven Angriffen in Chemnitz – der damalige Vorsitzende der Innenministerkonferenz, Holger Stahlknecht, in einer [gemeinsamen Erklärung](#) mit dem Deutschen Presserat. Sachsen-Anhalts Minister Stahlknecht hat der Verabredung, den Umgang von Polizeikräften und Journalistinnen und Journalisten im Curriculum der Polizei-Ausbildung besser zu verankern, Taten folgen lassen: Die Landesakademie entwickelt inzwischen gemeinsam mit dem Presserat ein Schulungskonzept für Einsatzleitungen der Polizei. Der Geschäftsführer des Deutschen Presserats, Roman Portack, sagte dem ECPMF: „Das Problem ist noch lange nicht im Griff. Die Behörden sind sich inzwischen zwar bewusst, dass journalistische Berichterstattung geschützt werden muss. Aber noch haben wir keine zählbaren Ergebnisse – Presseleute werden weiterhin attackiert.“ Was benötigt werde, seien verbindliche Beschlüsse aller Länder: „Im Ergebnis stehen wir noch da, wo wir 1993 aufgehört haben – zumindest, was die bindenden Verhaltensgrundsätze im Umgang mit Medienleuten angeht.“

Das Schulungskonzept soll Führungskräften der Polizei Handlungssicherheit auch in komplexen Einsatzlagen bringen. Portack sagt: „Natürlich sind die Einsatzlagen häufig sehr komplex und manche Situationen für den einzelnen Beamten gar nicht sofort zu überblicken. Entsprechend müssen die EinsatzleiterInnen besonders geschult werden, um auch in Stresssituationen rechtmäßig zu handeln.“ Die Landespolizei in Sachsen-Anhalt sei für die Idee eines gemeinsamen Fortbildungskonzepts von Führungspersonal sehr offen gewesen und „wir hoffen, dass das auch in anderen Bundesländern Schule macht“, so der Deutsche Presserat.

7.2 Positiv-Beispiel: Polizeifortbildungen in Sachsen

Auch in Sachsen haben die Verantwortlichen den Handlungsbedarf inzwischen erkannt. Bereits ab 2016 hatte sich der DJV Landesverband Sachsen mit der Polizei des Landes ausgetauscht, wie man die Wissenslücken der Einsatzkräfte im Umgang mit Journalistinnen und Journalisten schließen könnte. Handlungsunsicherheiten und Wissensdefizite waren durch zahlreiche Angriffe auf Journalisten ab 2015 zu Tage getreten, welche die Polizei wiederholt ohne Interventionen geschehen ließ. Daraufhin hatten DJV und ECPMF seit 2015 Schulungen gefordert.

Nach mehreren Jahren des Austauschs zwischen Journalistenvertretern und der Polizei, bei dem unter anderem Vertreter des DJV und der Landespressekonferenz zu einer mehrstündigen Diskussion mit allen Polizeipräsidenten des Freistaats zusammenkamen, gibt es nun ein sichtbares Ergebnis: Seit November 2019 finden regelmäßige Schulungen statt. Sie werden von der Hochschule der Sächsischen Polizei an wechselnden Standorten organisiert. Diese Tagesveranstaltungen sind in der Regel dreigeteilt: Nach einer themenbezogenen polizeiinternen Schulung vermittelt ein Berliner Anwalt für Medienrecht den Beamten juristisches Grundlagen-

wissen zu Presse- und Meinungsfreiheit. Dabei werden auch Basis-Kenntnisse zu praxisrelevanten Themenfeldern wie dem Recht am eigenen Bild vermittelt.

In einem dritten Block erläutern Medienschaffende weitere Informationen aus der journalistischen Praxis, etwa rund um den Presseausweis. Dabei vermitteln sie parallel ihre Perspektive auf das Verhältnis von Polizei und Journalismus. Ein Bautzener Fotograf schilderte etwa, „was ihm bei politischen Demonstrationen so entgegenschlägt“, sagt Michael Hiller, Geschäftsführer des DJV Sachsen. Er vermittelt die Praktikerinnen und Praktiker auf Anfrage der Polizeihochschule und hat auch selbst einige Seminare gehalten. Als Referent bekommt er einen Blick für wiederkehrende Irritationen der Beamten: „Für die ist es unvorstellbar, dass es im journalistischen Bereich keine Zugangsbedingungen gibt, eigentlich jeder Journalist werden kann.“ Insgesamt haben nach seiner Schätzung bisher zwischen 800 und 900 Teilnehmende aus den verschiedensten Bereichen der Sächsischen Polizei teilgenommen: Uniformierte wie zivile Mitarbeitende, Einsatzleiter ebenso wie Mitarbeitende der Pressestellen. Die Teilnahme ist freiwillig. Hiller zieht ein positives Resümee der ersten Monate. Auch in den Gesprächen mit den Beamtinnen und Beamten am Rande der Veranstaltungen bekomme er gutes Feedback. „Wir brauchen die Zusammenarbeit miteinander“, sagt Hiller. Und dass auch mancher Journalist bedenken müsse, wie er der Polizei gegenüber auftrete, etwa auf Demonstrationen.

7.3 Daten schützen: Zugang beschränken, Verbreitung verhindern

Eine große Gefahr stellen neben den unmittelbaren Angriffen auch solche dar, die durch den Zugang zu bestimmten Informationen erst ermöglicht werden. Gelangen etwa die Adressen gefährdeter Journalistinnen und Journalisten in die Öffentlichkeit oder werden in rechten Szene-Kreisen weitergegeben, sind sie einer massiven Gefährdung ausgesetzt. Sibel Schick, die als Journalistin arbeitet und politisch aktiv ist, hat genau diese Erfahrung gemacht. Sie sagt: „Wir haben gesehen, was mit Walter Lübcke gemacht wurde, nachdem die Diskussion noch einmal angefeuert wurde. Und genau darum geht es halt. Das passiert in allen Formen und endet nicht jedes Mal im rechtsradikalen Mord. Dafür machen andere Leute halt nach genau demselben Schema andere Erfahrungen.“

Dies hat schon vielfach Nachstellungen, Einschüchterungen oder [Morddrohungen](#) im nächsten Wohnumfeld von Journalistinnen und Journalisten begünstigt. Für Betroffene ist der Schutz der eigenen Adresse besonders wichtig. Doch die Hürden für Adresssperrungen durch staatliche Stellen sind bedenklich hoch. Die Heraus- und Weitergabe von Adressen stellt an zwei Stellen ein Problem dar: im Melderegister und auch in Gerichtsverfahren.

7.3.1 Auskunftssperren im Melderegister

Bedrohte Journalistinnen und Journalisten können eine Auskunftssperre im Melderegister beantragen, sofern sie ein schutzwürdiges Interesse nachweisen. Nur bei einer „Gefahr für Leben, Gesundheit und persönliche Freiheit“ konnte man bislang bei den Einwohnermeldeämtern diese Sperre beantragen, wie es das [Bundesmeldegesetz](#) festschreibt.

Es sind dem ECPMF Fälle bekannt, in denen die Auskunftssperre innerhalb weniger Minuten nach einem Angriff eingerichtet wurde. Hierbei ist dies auf Initiative der Polizei beziehungsweise des Landeskriminalamtes geschehen. In Fällen, in denen Journalistinnen und Journalisten von sich aus auf die Meldeämter zugehen, dauerte dieser Vorgang [sehr lange](#), musste mit ausführlichen Nachweisen einer konkreten Bedrohung belegt werden und hatte mitunter [nur mit einer Klage Erfolg](#).

Im Februar 2020 beschloss das Bundeskabinett einen Gesetzentwurf zur Bekämpfung von Hasskriminalität und Rechtsextremismus, in dem auch die Hürden für Auskunftssperren gesenkt werden sollen: „Künftig sollen von Bedrohungen, Beleidigungen und unbefugten Nachstellungen Betroffene leichter eine Auskunftssperre im Melderegister eintragen lassen können und so davor geschützt sein, dass ihre Adressen weitergegeben werden“, heißt es in einer [Erklärung](#) des Justizministeriums vom 19. Februar 2020. Dies gilt auch für Journalistinnen und Journalisten. Inwiefern die Neuregelung Wirkung zeigt und die Hürden tatsächlich gesenkt werden, muss jedoch erst die Praxis zeigen. Nach wie vor haben die zuständigen Ämter einen weiten Ermessensspielraum.

7.3.2 „Schutzwürdiges Interesse“: Adresssperren in Gerichtsverfahren

Der zeitliche Aufwand, psychische Belastung und die oft negativen Aussichten auf Klageerfolg halten betroffene Journalistinnen und Journalisten häufig von einer Anzeige ab. Daneben steht noch eine weitere potenzielle Gefahr im Raum: Stellen Journalistinnen und Journalisten Strafanzeige und sind Klägerin in einem Verfahren, wird in der Gerichtsakte auch ihre Adresse vermerkt. Die Anwältinnen und Anwälte der Beschuldigten können die Akte einsehen. Damit sitzen die Beschuldigten im wahrsten Sinne des Wortes direkt an der Quelle und könnten, obwohl dies nicht erlaubt ist, unter Umständen einen Blick auf die Adresse werfen.

An dieser Stelle sieht Sven Adam Nachbesserungsbedarf: Sobald Journalistinnen und Journalisten in Verfahren beteiligt sind, in denen sie aufgrund ihrer Arbeit Opfer von Gewalt wurden, sind die Staatsanwaltschaften angewiesen die Adressherausgabe an die Verfahrensbeteiligten nach Paragraph 475 Absatz 1 Satz 2 der Strafprozessordnung zu verwehren. Dies ist insbesondere dann sinnvoll, wenn „wir es mit einer politisch motivierten Tat zu tun haben, bei der es so aussieht, als könnten Rechte auf Journalisten eingedroschen haben, dann müssten Staatsanwaltschaften notwendigerweise sofort dazu angewiesen sein, die Adressen der Betroffenen zu schützen. Das Justizministerium könnte dies verfügen. Das wäre ein guter Anfang.“

Häufig müssen die Betroffenen selbst darauf aufmerksam machen, dass ihre Adressen entsprechend nur in der staatsanwaltschaftlichen Handakte geführt werden. Diese ist für andere Verfahrensbeteiligte nicht zugänglich und geht auch nicht an die Anwältinnen und Anwälte der Beschuldigten raus. Eine generelle Anordnung seitens des Justizministeriums an die Staatsanwaltschaften, die Schutzbedürftigkeit der Klagenden zu prüfen, wäre daher geboten.

8. BKA: Delikte „gegen Medien“ nehmen zu

Mitte Februar 2020 veröffentlichte das Bundesinnenministerium Fallzahlen zu rechten Straftaten „gegen Medien“ für die Jahre 2018 und 2019. Demnach nimmt die Zahl der Straftaten zu. Für das Jahr 2018 wurden 93 Straf- und Gewalttaten gegen Medien registriert, für das Folgejahr schon 104. In der Statistik werden unter anderem Beleidigungen, Verleumdungen und Nötigungen erfasst, ebenso wie Sachbeschädigungen und Körperverletzungen. Erhoben wird die Statistik, auf die sich das Bundesinnenministerium in der Antwort auf eine [Kleine Anfrage](#) (BT-Drs.: 19/16982) der Bundestagsabgeordneten Doris Achelwilm (DIE LINKE) beruft, vom Bundeskriminalamt in Wiesbaden. Seit 2016 registriert es die Fälle zentral im Unterthemenfeld „gegen Medien“, als Teil der Statistik zu Politisch Motivierter Kriminalität (PMK).

Der BKA-Befund, wonach die Zahl pressefeindlicher Delikte steigt, widerspricht bei oberflächlicher Betrachtung dem Trend, der sich aus der Fallentwicklung des ECPMF ablesen lässt: Diese Studie konstatiert einen Rückgang der pressefeindlichen Angriffe von 2018 (26) zu 2019 (14). Dies liegt zunächst daran, dass das BKA eine wesentlich größere Breite an Delikten erfasst, während das ECPMF vor allem eine Kategorie betrachtet: tätliche Angriffe.

In dieser Kategorie hat das ECPMF in jedem Jahr mehr Fälle von Tötlichkeiten erfasst als die vergleichbare BKA-Kategorie im Straftatbestand „Körperverletzung“ bzw. „Gefährliche Körperverletzung“. Demnach sind in der PMK für die Jahre 2018 insgesamt sechs Körperverletzungen gegen Medienschaffende registriert, das ECPMF hat 2018 26 gewaltsame Angriffe registriert. Für 2019 sind nach den vorläufigen Zahlen vier Gewaltdelikte in der KPMD-PMK aktenkundig, das ECPMF hat 14 Fälle validieren können. Die BKA-Zahlen zu Körperverletzungen liegen somit deutlich unter den vom ECPMF bundesweit erfassten Fallzahlen zu tätlichen Angriffen, wie schon in den Jahren 2016 und 2017. Für die beträchtlichen Unterschiede zwischen BKA- und ECPMF-Fallzahlen gibt es mehrere Gründe: Viele Pressevertreterinnen und -vertreter zeigen die Angriffe nicht an – diese können also in der BKA-Erfassung gar nicht auftauchen. Zudem werden in der PMK nur Fälle erfasst, denen ein politisches Motiv zugeschrieben wird. Demgegenüber registriert das ECPMF alle Tötlichkeiten, die gegen Journalistinnen und Journalisten aufgrund ihrer Berufsausübung begangen werden und die in einem politischen Kontext stehen können. Außerdem bewertet die ECPMF-Erfassung die Angriffe nicht nach juristischen Gesichtspunkten – die Kriterien sind ähnlich, aber nicht identisch. Bei den im Februar 2020 veröffentlichten

Zahlen wurden zudem nur Anfeindungen von rechts veröffentlicht, um eine Kleine Anfrage zu Angriffen auf "Medienschaffende durch Neonazis" zu beantworten. Damit waren die vom ECPMF ebenfalls erfassten tätlichen Angriffe aus dem linken Spektrum oder ohne eindeutige politische Zuordnung per se nicht enthalten.¹¹

Stellt man aus der ECPMF-Statistik nur diejenigen Fälle der BKA-Erfassung gegenüber, für die ein Ermittlungsverfahren und damit eine polizeiliche Registrierung bekannt sind, ergibt sich wiederum eine große Übereinstimmung zwischen beiden Tabellen. Das erbrachte ein Abgleich der nach Bundesland aufgeschlüsselten Körperverletzungen und Sachbeschädigungen gegen Pressevertreterinnen und -vertreter für das Jahr 2018 – hier lagen die Zahlen des BKA abschließend vor. Dies gilt allerdings nur im Hinblick auf Statistik und Kategorie der Taten. Das BKA präzisiert in seinen Angaben weder Tatort noch Tatgeschehen, sodass nicht nachvollziehbar ist, welche Fälle konkret zugrunde liegen. Gleichwohl ist die Übereinstimmung positiv zu bewerten. Recherchen im Rahmen der Studie Feindbild II hatten noch Zweifel genährt, ob die Landeskriminalämter die Fälle in ihrer Region vollumfänglich dem BKA in Wiesbaden melden – einzelne Landespolizeibehörden hatten dem ECPMF Ermittlungen zu Presseangriffen bestätigt, die aber offenkundig nicht in den BKA-Zahlen berücksichtigt wurden.

¹¹ Das Bundeskriminalamt übermittelte dem ECPMF auf Anfrage die Gesamtzahlen für das Unterthemenfeld „gegen Medien“ für die Jahre 2016 bis 2018, leider ohne Aufschlüsselung nach Bundesländern. Die Zahl der dort erfassten Körperverletzungen lag mit 20 für das Jahr 2016, 13 für das Jahr 2017 zumindest in einem ähnlichen Bereich wie die Zahlen des ECPMF, während es für das Jahr 2018 deutlich weniger verzeichnet hat. Da eine Zuordnung zu einzelnen Delikten unmöglich ist, kann eine weitere Bewertung nicht erfolgen.

9. Fazit

Fünf Jahre ECPMF-Monitoring zeichnen ein klares Bild: Angriffe auf die Medienvertreterinnen und -vertreter sind nicht mehr ungewöhnlich. 119 Gewalttaten gegen Journalistinnen und Journalisten hat die Pressefreiheitsorganisation registriert und geprüft. Zwar erreichen die jährlichen Fallzahlen – glücklicherweise – nicht mehr den Spitzenwert von 44 Tötlichkeiten des Jahres 2015. Wenn aber im Durchschnitt mehr als zwanzig Journalistinnen und Journalisten in jedem Jahr seit 2015 geschlagen, geschubst, getreten, mit Laserpointen geblendet oder bespuckt werden, dann hat sich dieses Level messbarer Aggressivität als neue Normalität etabliert. Gewalt trifft Medienschaffende nach wie vor zum überwiegenden Teil auf politischen Demonstrationen des rechten Lagers.

I. Pegida legte den Grundstein: Wie Gewalt gegen die Presse normal wurde

Attacken aus rechten Zirkeln hat es immer gegeben, allerdings hauptsächlich gegen Fachjournalistinnen und -journalisten. Neu ist seit 2015: Sowohl das Feld der Betroffenen als auch die Täterkreise haben sich erweitert. Nun trägt eine breite, heterogene Masse die Pressefeindlichkeit und toleriert oder bejubelt gar Gewalt gegen Presseleute. Journalismus ist für alle Medienschaffenden, insbesondere aber für Fachjournalistinnen und -journalisten, auf rechten Demonstrationen ein Wagnis.

Dresden, die Geburtsstadt von Pegida, etablierte sich als Zentrum einer ideologiebasierten Pressefeindlichkeit. Mit der 2014 gegründeten Bewegung trat eine in der bundesrepublikanischen Geschichte nie dagewesene islamfeindliche und völkische Bewegung an die Öffentlichkeit – sie verschaffte dem „Lügenpresse“-Narrativ eine Renaissance. Das führte zu gewaltsamen Angriffen auf Journalistinnen und Journalisten. Pegida hat inzwischen ihren Zenit überschritten. Die ECPMF-Daten zeigen jedoch, dass die Attacken geblieben sind. Insbesondere das Jahr 2018 mit 26 Angriffen und dem Chemnitzer Herbst haben verdeutlicht: Pressefeindlichkeit, die auch vor Gewalt nicht zurückschreckt, hat als Erbe über Pegida hinaus Bestand.

II. Diffuse Gegner der Pressefreiheit – ein (r)echtes Problem

Der Hass auf Medien kann jederzeit und an jedem Ort zu Tage treten. Jedoch ist die Mehrheit der Attacken, 77 Prozent, dem rechten Lager zuzuordnen. Nur neun Prozent aller Angriffe sind aus einem politisch linken Kontext heraus entstanden. Zwar ist zu sehen, dass die Gefahr eindeutig von rechts ausgeht – doch das Täterbild und die Tatabläufe sind für viele Betroffene schwierig zu fassen: Durch den „Schulterschluss der Gewaltbereiten“, von Neonazis und „bürgerlich“ auftretenden Personen, ist inzwischen nicht mehr abzusehen, wer als nächstes angreift und wer zum Ziel wird.

III. Das Feindbild ist gerahmt: „Lügenpresse“-Vorwürfe sind fester Teil rechter Ideologie

Die „Lügenpresse“-Schmähungen erfüllen zwei zentrale Funktionen im rechten Diskurs: Einerseits wird durch die Einschüchterung versucht, Meinungspluralismus einzuschränken. Unliebsame Inhalte und Darstellungsweisen, die nicht dem Selbstbild der Akteurinnen und Akteure entsprechen, sollen so verhindert werden. Andererseits delegitimieren die „Lügenpresse“-Diffamierungen mit ihrem ideologischen Fundament das konstitutive Äußere – hier also „die Medien“, die angeblich „gegen das Volk“ arbeiten.

Gesellschaftliche Aushandlungsprozesse, die auch konstruktive Medienkritik beinhalten sollten, werden damit verunmöglicht: Die Präsentation einer einzigen legitimen Weltsicht erschafft gleichzeitig die Delegitimierung der anderen. „Lügenpresse“-Schmähungen stehen somit außerhalb demokratischer Prinzipien und Politiken. Die Gefahr: Demokratien werden von innen ausgehöhlt, durch ihre eigenen Institutionen, wie etwa die Presse- und Meinungsfreiheit. Das Privileg, „Lügenpresse“ in einer Demokratie rufen zu dürfen, ist gleichzeitig der Angriff auf sie selbst.

10. Konsequenzen und Forderungen

I. Polizeifortbildungen und Schutz bei Demonstrationen

Die Polizei kann Medienschaffende vor gewaltsamen Attacken schützen, insbesondere bei Demonstrationen. Dafür bedarf es einer soliden Wissensbasis bei den Polizeikräften, um in komplexen Einsatzlagen und bei Auseinandersetzungen handlungssicher agieren zu können. Deshalb müssen die Fortbildungen im Umgang mit Journalistinnen und Journalisten, die inzwischen in einigen Bundesländern erprobt werden, weiter ausgebaut und als fester Bestandteil polizeilicher Aus- und Weiterbildung implementiert werden.

II. Ausbau der polizeilichen Erfassung

Die Erfassung der Straftaten gegen Medien im Rahmen der KPMD-PMK sollte zu einem Monitoring-Instrument ausgebaut und die Ergebnisse in einem regelmäßigen Format veröffentlicht werden, zum Beispiel in einem Lagebild. Da die Erfassung als Eingangstatistik geführt wird, werden bisher fortschreitende Ermittlungsstände sowie Verurteilungen beziehungsweise Einstellungen von Verfahren nicht abgebildet. Durch eine regelmäßige Integration von Daten zu Ermittlungsverfahren könnten belastbare Aussagen zu Schutz und Abwehr der Justizmaßnahmen ebenso zeitnah abgeleitet werden wie Entwicklungen bestimmter Tatmuster gegen Pressevertreterinnen und -vertreter.

III. Datenschutz von Publizierenden stärken

Die persönlichen Daten von Journalistinnen und Journalisten bedürfen eines besonderen Schutzes. Die Einrichtung von Auskunftssperren bei Meldeämtern muss unbürokratisch ermöglicht werden.

IV. Medienhäuser: Mitarbeitende schützen, Betroffene unterstützen

Die Medienhäuser müssen neben direkten Schutzmaßnahmen wie der Bereitstellung von Sicherheitsleuten, dem Angebot von Seminaren zum Selbstschutz und dem Gebot der Freiwilligkeit für die Berichterstattung von politischen Versammlungen (weiterhin) von Anfeindungen betroffene Mitarbeitende ihrer Häuser freie Journalistinnen und Journalisten ebenso wie Festangestellte, juristisch und ggf. auch finanziell unterstützen.

Anhang: Anmerkungen zum Studiendesign

I. Reflexion der Fallerfassung

Das ECPMF hat einen Kriterienkatalog für die Fallerfassung entwickelt, um eine Vergleichbarkeit für den Erfassungszeitraum zu erreichen. Allerdings kann die Studie keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Vielmehr muss von einem großen Dunkelfeld ausgegangen werden, da Journalistinnen und Journalisten im Falle persönlicher Betroffenheit als Gate-Keeper in eigener Sache agieren: Sie entscheiden, ob sie einen Angriff publizieren und damit ihre mediale Reichweite nutzen, um das Thema in den öffentlichen Diskurs zu bringen. Diese Entscheidung kann von verschiedenen Motiven beeinflusst sein. Gegen eine mediale Aufbereitung und Veröffentlichung steht für Betroffene beispielsweise der Wunsch nach Anonymität, der Wunsch ungestört von möglichen Folgeanfeindungen arbeiten zu können oder das Ziel, nicht die eigene Berufsrolle in den Mittelpunkt der Berichterstattung rücken zu wollen. Eine ECPMF-Erhebung zum Anzeigeverhalten von 2017 (Feindbild II) deutet darauf hin, dass ein relevanter Teil der Journalistinnen und Journalisten aus den oben genannten Motiven nicht daran interessiert ist, die Anfeindungen bei der Polizei anzuzeigen – oder die Fälle öffentlich zu machen. Liegen also keine Zeugenaussagen, Videos oder andere Belege vor, könnten so viele Fälle im Dunkelfeld bleiben.

Zudem besteht die Möglichkeit, dass durch Mechanismen medialer Berichterstattung eine Verzerrung bei der geografischen Verteilung der Fälle entstanden ist, zum Nachteil von Sachsen. Als Entstehungsland der Pegida-Bewegung mit einem bundesweit überproportionalen Anteil von politischen Versammlungen und Versammlungsteilnehmenden zog es insbesondere 2015, aber auch in den Folgejahren ein großes mediales Interesse auf sich. Dadurch kamen sehr viele Medienmitarbeiterinnen und -mitarbeiter auf die Demonstrationen in den Freistaat, während aus anderen weniger berichtet wurde. Daraus ergeben sich sehr viele Konfrontationsgelegenheiten von Pressefeinden und Journalistinnen und Journalisten. Das ECPMF hat mit einer für alle Regionen vergleichbar umfassenden Fallrecherche und ab 2016 mit dem Abgleich mit der vom BKA geführten Statistik versucht, etwaige Verzerrungen zu nivellieren.

II. Bestätigungskriterien

Die Bestätigung („confirmation“) bezieht sich immer auf explizites Beweismaterial. Fälle, bei denen kein explizites Beweismaterial in Form von bspw. Bildern, Videos oder einer rechtskräftigen Verurteilung vorhanden ist, werden nur unter den unten folgend definierten Voraussetzungen berücksichtigt und als verifiziert bewertet. Dafür muss ein Angriff allerdings widerspruchlos auch von anderen Medien, Zeuginnen oder Akteuren geschildert worden und die Betroffenen glaubwürdig sein. Da sich in Folge der zahlreichen Angriffe und der Sensibilisierung vieler Journalistinnen und Journalisten das Dokumentationsverhalten geändert zu haben scheint, wurden im Laufe der Jahre mehr Beweismittel zugänglich.

1. Kriterien der Fallfassung

Die Chronik des ECPMF sammelt alle berichteten tätlichen Übergriffe auf Journalistinnen und Journalisten und andere Medienschaffende in Deutschland, die publiziert oder dem ECPMF direkt zugetragen worden sind. Um eine möglichst vollständige Erfassung zu erreichen wird eine Tat dann erfasst, wenn diese in einem politischen Zusammenhang steht oder stehen könnte und/oder ein Journalist oder eine Journalistin wegen der Ausübung seiner oder ihrer Tätigkeit angegriffen wird. Mit dieser relativ weiten Definition ist die Möglichkeit gegeben, Taten unabhängig von ihrem Ereigniszusammenhang zu erfassen (zum Beispiel: nur im Umfeld von populistischen Demonstrationen). Damit sollen Verzerrungen durch Konzentration etwa auf ein bestimmtes politisches Milieu oder eine bestimmte Ereigniskategorie vermieden werden. Ein Zusammenhang mit ideologiesteuerten Motiven – wie zum Beispiel „Lügenpresse“-Vorwürfen – ergibt sich aus der Beschreibung des einzelnen Ereignisses.

Weitere Voraussetzung ist, dass die Journalistinnen, Medienmitarbeiter/-schaffende oder Techniker während Ausübung ihres Berufes oder damit im Zusammenhang stehend – beispielsweise als Folge einer Recherche oder Publikation – angegriffen wurden. Situationen, in denen beispielsweise Angreifer auf Journalisten losgehen und von der Polizei rechtzeitig zurückgehalten werden, werden nicht erfasst. Auch Verfolgungen oder Bedrängungen, bei denen keine physische Gewalt eingesetzt wird, sind exkludiert.

In dieser Erfassung werden mögliche Übergriffe von Polizistinnen und Polizisten auf Medienschaffende nicht erfasst. Dies ist der besonderen Rolle der Polizei geschuldet: Sie kann die journalistische Arbeit absichern und einschränken. Dafür ist die Polizei im Extremfall auch zur Anwendung von Gewalt berechtigt. Bei einer Erfassung von tätlichen Angriffen durch Polizistinnen und Polizisten würde die Erfassung von Tötlichkeiten verzerrt, insbesondere Versammlungszusammenhänge betreffend. Das ECPMF kann eine forensische oder juristische Bewertung von möglichen Fällen von Polizeigewalt nicht leisten. Die Abgrenzung dient somit der Nachvollziehbarkeit der Erfassung und stellt keine Bewertung des Phänomens „Polizeigewalt“ dar. Gleichwohl erkennt das ECPMF Polizeigewalt gegen Pressevertreterinnen und -vertreter als Problematik an – siehe etwa: <https://www.ecpmf.eu/events/police-codex>.

2. Vollständigkeitsanspruch

Die Liste versucht alle bekannt gewordenen Fälle zu erfassen, erhebt aber keinen Anspruch auf vollständige Registrierung sämtlicher relevanter Fälle im Beobachtungszeitraum. Dies kann praktisch nicht erreicht werden, da nicht alle Fälle medial oder durch Verbände in die Öffentlichkeit getragen werden, den Behörden angezeigt oder anderweitig bekannt gemacht werden. Sämtliche Quellen sind transparent in der Liste nachzuvollziehen. Sollten Sie vertiefende oder abweichende Erkenntnisse

zu einzelnen Vorfällen haben oder Ihnen weitere Vorfälle bekannt geworden sein, bitten wir um Hinweise über info@ecpmf.eu. Diese Informationen werden nach Prüfung einbezogen und die Liste fortlaufend ergänzt.

3. Wer ist Journalistin und Journalist?

Erfasst werden Angriffe auf Journalistinnen und Journalisten, denen sie während oder in direkter Folge ihrer Tätigkeit zum Opfer fielen. Da „Journalist“ in Deutschland keine geschützte Bezeichnung ist, gehen die Vorstellungen und Definitionen weit auseinander. Ein Kriterium wie etwa die hauptberufliche Tätigkeit als Journalistin oder Journalist zur Anwendung zu bringen, wie es etwa der DJV in seinen Aufnahmeleitlinien vorsieht, funktioniert für die vorliegende Erfassung nicht: Da es dem ECPMF um die Konstitution eines Feindbildes geht, das vor allem dann zutage tritt, wenn pressefeindliche Personen einen Journalisten vermuten, sind verwaltungsrechtliche Aspekte (also bspw. die Mitgliedschaft in einem Journalistenverband oder der Besitz eines Presseausweises) nicht ausschlaggebend, sondern die angenommene Funktion und damit die entstandene Angriffsfläche von Journalistinnen und Journalisten.

Dennoch bedarf es der Einschränkung: Journalistin und Journalist ist, wer mit dem Ziel der Publikation von Informationen für ein öffentlich zugängliches und regelmäßig publizierendes Medium Bericht erstattet, das nach den Regeln des Pressekodex arbeitet, oder wer diese Berichterstattung unterstützt, beispielsweise als Technikerin. Kommentatoren oder Bloggerinnen werden berücksichtigt, wenn sie diesen Kriterien einer ausgewogenen und an handwerkliche Standards geknüpften Berichterstattung gerecht werden. Diese Standards kennzeichnen sich durch die Trennung von Meinung und Kommentar, Nennung der Quellen zur intersubjektiven Überprüfbarkeit sowie der Darstellung pluralistischer Meinungen. Persönliche Perspektiven müssen als solche dargestellt, Einschätzungen und Bewertungen als solche benannt werden.

In Abgrenzung dazu ist nach dieser Erfassung nicht Journalistin oder Journalist, wer persönliche Bewertungen von dargestellten Vorgängen oder die Untermauerung bestimmter politischer Ziele in den Vordergrund der publizierenden Tätigkeit stellt, also beispielsweise Meinungen als Tatsachen darstellt, falsche Quellen angibt oder wiederholt wider besseres Wissen falsche Informationen verbreitet.

4. Wann ist ein Angriff politisch?

Alle erfassten tätlichen Angriffe werden auf einen möglichen politischen Kontext und eine anzunehmende ideologische Motivlage der Täterinnen und Täter untersucht. Diese Klassifizierung ermöglicht eine Zuordnung zum Phänomen „Pressefeindlichkeit“, die im Fokus der Untersuchungsreihe steht.

Grundsätzlich kann jede Handlung politisch sein. Da aber der Anlass der Erfassung die „Lügenpresse“-Vorwürfe sind, stehen die verzeichneten Angriffe in einem expliziten politischen Kontext. Dieser besteht vor allem aus zielgerichteten politischen Aktionen. Die Kategorien „rechts“ und „links“ sind hierfür Hilfskonstruktionen, um die öffentliche Alltagseinschätzung des politischen Spektrums verkürzt begreifbar zu machen.

Eine kurze Erläuterung zum Umgang mit den Kategorisierungen politischer Gesinnung und dem Extremismus-Begriff in der Studie: Eine eindeutige und trennscharfe Kategorisierung von politisch motivierten Einstellungen und Handlungen beispielsweise in der Steigerung rechts/rechtspopulistisch/rechtsextrem/rechtsradikal oder links/linksextrem/linksradikal ist nicht brauchbar, wie Diskussionen in der Politikwissenschaft verdeutlichen. Die Gleichsetzung von beiden politischen Milieus durch ihre Verortung als politisch entgegengesetzte Pole, zwischen denen die sogenannte „gesellschaftliche Mitte“ liegen würde, lässt sich ebenfalls nicht stringent halten. Eine ausführliche Kritik am Extremismusmodell sowie am Ansatz der Dichotomie von Verfassungsstaat und „Extremismus“ wurde bereits von zahlreichen Autorinnen und Autoren geübt (vgl. etwa Butterwegge 2011; Feustel 2011; Leggewie/Meier 1995).

Da ein Großteil der Übergriffe politisch motiviert sind, müssen jedoch praxistaugliche und zugleich eindeutige und damit vergleichbare Bezeichnungen gefunden werden. Dafür erscheint aus der gegenwärtigen Perspektive die Differenzierung in „rechts“ und „links“ hilfreich, die aber nicht einer Steigerungslogik unterliegen sollen.

Die entsprechende Kategorisierung richtet sich nach den Angreifenden: Wenn etwa eine rechte Demonstration stattfindet und ein Teilnehmer aus dieser Versammlung heraus einen Journalisten angreift und weitere Hinweise für eine politisch motivierte Tat sprechen, wird jene Tat als „rechts“ motiviert verzeichnet. Diese erweiterten Hinweise umfassen bspw. die Bekanntheit einer Person durch Parteizugehörigkeit, Tätowierungen oder szenetypische Symbole auf Kleidung oder Fahnen. Weitere Indikatoren können Verlautbarungen der Täterin oder des Täters oder der Tatablauf sein. Wenn die politische Zuordnung nicht eindeutig möglich ist, jedoch auch nicht ausgeschlossen werden kann, wird der Fall als „unbekannt“ oder „andere“ vermerkt.

5. Was wird nach welchen Kriterien kategorisiert?

Folgende Übersicht bezieht sich auf die Fall-Tabelle, in der sämtliche Angriffe verzeichnet sind.

(A) Datum (date)

Es gilt das Datum, an welchem der Angriff verübt worden ist nach dem Muster DD.MM.YYYY.

(B) Stadt/Ort (city)

Die Stadt oder der Ort, in welcher oder an welchem sich der Angriff ereignete, wird aufgeführt. Ist der Tatort das Internet, wird dies zusätzlich zum Aufenthaltsort des Angegriffenen vermerkt.

(C) Bundesland (state)

- BB = Brandenburg
- BE = Berlin
- BW = Baden-Württemberg
- BY = Bayern
- HB = Bremen
- HE = Hessen
- HH = Hamburg
- MV = Mecklenburg-Vorpommern
- NI = Niedersachsen
- NW = Nordrhein-Westfalen
- RP = Rheinland-Pfalz
- SH = Schleswig Holstein
- SL = Saarland
- SN = Sachsen
- ST = Sachsen-Anhalt
- TH = Thüringen

(D) Medium

Angabe, für welches Medium der oder die Betroffene arbeitet.

- TV = Fernsehen
- RADIO = Radio
- ONLINE = Online
- PRINT = Print

OTHER = Andere

AGENCY = Nachrichtenagentur

U = Unbekannt

(E) Kamera (camera)

Als „Ja“ (Y) wird ein Fall gewertet, wenn ein Kameramensch oder Fotograf angegriffen wurde, eine Kamera sichtbar und im Einsatz war. Als „Nein“ (N) wird ein Fall gewertet, wenn keine Kamera im Einsatz war, es sich um Sachbeschädigungen gegen Redaktionsimmobilien o. ä. handelt.

Als „Unbekannt“ (U) wird ein Fall gewertet, wenn aus der Sachlage keine Indizien für den Einsatz einer Kamera vorhanden sind.

(F) Geschlecht der Betroffenen (sex of journalist)

Männlich = M

Weiblich = F

Unbekannt = U

(G) Geschlecht der Angreifenden (sex of offender)

Männlich = M

Weiblich = F

Unbekannt = U

(H) Tatort (scene)

ASSEMBLY SCENE (AS) = Angriff erfolgt direkt im Versammlungsgeschehen oder aus dem Versammlungsgeschehen heraus

ASSEMBLY ENVIRONMENT (AE) = Angriff erfolgte außerhalb einer Versammlung, d.h. vor, nach oder örtlich außerhalb (z.B. Auflauern auf dem Heimweg; Angriff auf parkenden PKW o.ä.) von Versammlungen.

EDITORIAL OFFICE = Angriff auf/bei Redaktionsgebäude, PKW, Übertragungswagen, etc.

PRIVATE = Angriff erfolgt in der Privatsphäre, etwa auch im eigenen Auto/Haus o.ä.

Definition „Assembly“: Als Assembly bzw. Versammlung werden jene Versammlungen kategorisiert, die in der Öffentlichkeit anonyme Teilnehmende ohne Voranmeldung zu einer politischen Idee vereinen. Im Gegensatz dazu werden Konferenzen oder Parteitage nicht als „Assembly Scene“ gewertet, da sich hier die Teilnehmenden namentlich anmelden und der Umgang mit der Presse formalisiert ist, etwa durch Akkreditierungen.

*Gida = Wenn eine Versammlung durch den Verein Pegida oder einen seiner regionalen Ableger (*Gida) im Bundesgebiet veranstaltet wurde, wird dies in dieser Spalte erfasst.

(I) Vorfall (incident)

Kurzbeschreibung: Wer/Was/Wann/Wo/Wie?

Erfasst wird jeder einzelne Angriff von einem oder mehreren Täterinnen und Tätern. Dieser kann sich auch gegen mehrere Betroffene richten. Sollte eine Person verschiedene Angriffe auf einem Versammlungszusammenhang verüben, werden diese einzeln gelistet.

(J) Kamera als Zielobjekt des Angriffs (against camera)

Die Gewalt richtete sich auch oder explizit gegen die mitgeführte Kamera. Dies ist der Fall, wenn eine Kamera beschädigt wurde, eine Kamera (auch zu journalistischen Zwecken eingesetzte Handykameras) weggedrückt wurde, aus dem Tatablauf hervorgeht, dass sich Äußerungen gegen die Nutzung von Kameras richteten und deshalb ein Angriff stattgefunden hat oder die berichtserstattenden Medienleute für einen TV-Sender arbeiteten.

(K) Anzahl der Angegriffenen (number of victims)

Da bei einem Angriff mehrere Personen betroffen sein können, wird seit 2017 ebenfalls die Anzahl der Angegriffenen erfasst. Gezählt werden die betroffenen Personen, die direkt einem tätlichen Angriff ausgesetzt waren. Wird etwa ein aus mehreren Personen bestehendes Kamerteam angegriffen und richtet sich beispielsweise ein Schlag nur gegen den Reporter, wird dies als Angriff auf eine Person gewertet. Es wird lediglich die Mindestanzahl verifizierter Betroffener erfasst.

(L) Gewalt (violence)

Unter die Kategorie „Gewalt“ fallen tätliche Angriffe, bei denen physisch auf Medienarbeiterinnen und -arbeiter eingewirkt wird. Darunter fällt das Schlagen auf den Körper oder das am Körper geführte Eigentum, (z. B. Kameras), Treten, Stoßen oder Schubsen (das Behindern der journalistischen Arbeit durch Sichteinschränkung ist kein tätlicher Angriff), Festhalten, physische Gewalt mit Waffeneinsatz (wenn ein Schlag mit einem Hilfsmittel (bspw. Fahnenstange) verübt wird, gilt dies als Waffeneinsatz), Anspucken, Raub von Eigentum, das am Körper geführt wird. Nicht eindeutig zuordenbare tätliche Angriffe werden als „Andere“ klassifiziert, da die Art der physischen Einwirkung nicht bekannt ist oder in keine der bestehenden Kategorien passt.

Der Versuch, jemanden physisch anzugreifen (bspw. wenn der Betroffene einem Schlag ausweichen kann), wird nicht als tätlicher Angriff gewertet.

1. Schlagen = HIT

2. Treten = KICK
3. Stoßen/Schubsen = PUSH
4. Festhalten = HOLD
5. Mit Waffeneinsatz = WEAPON
6. Anspucken = SPIT
7. Raub = ROB
8. Andere = OTHER
9. Unbekannt = U

(M) Bedrohung (threat)

Es ist zu unterscheiden zwischen als bedrohlich wahrgenommen Situationen, in denen sich Medienschaffende unwohl fühlen, und solchen, die eindeutig Bedrohungen sind. In der Statistik werden auch besonders schwerwiegende Formen von Bedrohungen klassifiziert. Diese Schwere der Bedrohung liegt vor, wenn sie a) gezielt gegen einzelne Journalistinnen und Journalisten schwere Verbrechen androht (z. B. Todesanzeigen mit Namen veröffentlicht); b) den Ruf existenziell gefährdet (z.B. Verleumdungskampagnen).

Wenn es unklar ist, ob eine Bedrohung diesen Kriterien entspricht, es aber nicht ausgeschlossen werden kann, dass eine Bedrohung vorliegt, wird dies als „unbekannt“ gewertet.

1. direkte Androhung von Gewalt = DIRECT
2. öffentliche Androhung von Gewalt z.B. im Internet = PUBLIC
3. Unbekannt = U

(N) Sachbeschädigung (material damage)

1. Sachbeschädigung von journalistischer Ausrüstung = EQUIP
2. Sachbeschädigung von Fahrzeugen = CAR
3. Sachbeschädigung von Redaktionsimmobilien = FURNISH
4. Unbekannt = U
5. Keine Sachbeschädigung = NONE

(O) Politische Motivation (right wing/left wing/other)

1. rechts = RIGHT
2. links = LEFT
3. Unbekannt = U

(P) Quellen (source)

Bekannte öffentliche Quellen werden verzeichnet und liegen dem ECPMF vor. Sie können über info@ecpmf.eu angefragt werden, sollten die angegebenen Links nicht mehr funktionieren. Ausgenommen davon sind Quellen, die uns mit der Bitte um Vertraulichkeit direkt übermittelt worden sind.

Meldungen von Betroffenen, deren Namen nicht veröffentlicht werden sollen sowie vertrauliche Informationen werden mit der Quelle „ECPMF“ versehen.

(Q) Bestätigung (confirmation)

Ein Vorfall wird als bestätigt verzeichnet, wenn dazu entweder a) ein „Bekennerschreiben“ seitens der des Angreifer vorliegt, oder b) es einen Nachweis bezüglich eines Vorfalles gibt z.B. eine Videoaufnahme, und/oder c) eine Bestätigung, durch die Sicherheitsbehörden, dass es Übergriffe auf Journalisten gab und/oder d) anderweitige Beweise (etwa Zeugenaussagen) vorliegen.

Bestätigt = Y

Nicht bestätigt = N

Ebenfalls wird verzeichnet, warum ein Fall als bestätigt angesehen wird.

(R) Anzeige (complaint)

Y = Fall wurde angezeigt

N = Fall wurde nicht angezeigt

U = Unbekannt

(S) Polizeiliche und/oder staatsanwaltschaftliche Ermittlungen (criminal investigation)

Ermittelt = Y

Ermittelt nicht = N

Unbekannt = U

Oder offenes Feld je nach Tatbestand, nach welchem ermittelt wird.

(T) Gerichtsprozess/Verfahren (lawsuit)

Die Kombination aus einem positiven Wert bei „Ermittlungen“ und dem negativen im Verfahren lässt schließen, dass ein Verfahren eingestellt wurde. Ähnliches gilt für andere Verfahrensschritte (s.u.)

Verfahren = Y

Kein Verfahren = N

Unbekannt = U

(U) Urteil (conviction)

Urteil = Y

Kein Urteil = N

Unbekannt = U

Oder offen je nach Art der Verurteilung.

(V) Strafmaß (sentence)

Offenes Feld.

Änderungen in der Fallerfassung zwischen 2015 und 2019

In der tabellarischen Fallstatistik für 2015 und 2016 waren zusätzlich zu gewaltsamen Angriffen Fälle erfasst, bei denen keine Tötlichkeit vorlag. Es handelt sich dabei um schwere Bedrohungen, Sachbeschädigungen oder Angriffe auf Redaktionsgebäude, bei denen keine Personen physisch beeinträchtigt wurden. In der Spalte „violence“ wurden diese mit „NONE“ vermerkt. Jene Fälle tauchen entsprechend auch nicht in der tabellarischen Erfassung zu tätlichen Angriffen auf, waren in den veröffentlichten Tabellen der Transparenz halber weiterhin zu finden. Für 2015 sind 17, für 2016 drei solcher Fälle notiert. Seit 2017 erfasst das ECPMF ausschließlich tätliche Angriffe. Die Zahl der bekannt gewordenen Bedrohungen war zu drastisch gestiegen. Ausschließliche Bedrohungen werden folglich nicht mehr in der Gesamtaufstellung ausgewiesen. Darüber hinaus ist die Erfassung von Bedrohungen bei tätlichen Angriffen besonders schwierig zu klassifizieren, da praktisch jeder Angriff auch eine Bedrohlichkeit in sich trägt. Die präzisierten Bedrohungskriterien (klare Androhung einer Tat) wurden nachträglich für die Jahre 2015 bis 2018 überprüft und ggf. korrigiert.

Außerdem wurden die beiden zusätzlichen Spalten zur Gewalterfassung („V2“ und „V3“) zur Übersichtlichkeit in einer aufgelöst.

Folgende zusätzliche und der Präzisierung dienende Charakteristika wurden nachträglich eingefügt: Anzahl der Betroffenen bei einem Angriff („number of victims“, ab 2017), das Geschlecht der Angreifenden („sex of offender“, ab 2020 rückwirkend für alle Jahre) und ob sich die Gewalt auch oder explizit gegen die mitgeführte Kamera richtete („against camera“, ebenfalls ab 2020 rückwirkend für alle Jahre).

Korrekturen

12.12.2015, Leipzig: Bei einer Demonstration in Leipzig wurde einem Journalisten auf die Kamera geschlagen. Dies wurde in bisherigen Veröffentlichungen nicht als tätlicher Angriff gewertet. Nach erneuter Prüfung wird dieser Fall der Aufstellung für 2015 hinzugefügt.

01.09.2018, Chemnitz: Im 2019 veröffentlichten Report wurden statt des tätlichen Übergriffs auf eine Stern-TV-Reporterin der Übergriff auf eine Journalistin der Funke-Mediengruppe auf der gleichen Versammlung in die Fallliste aufgenommen. Dieser Fehler wurde mit der vorliegenden Publikation korrigiert.

Literatur

Baugut, Philip; Neumann, Katharina (2019): Die Beziehungen zwischen Journalisten und Rechtsextremisten. Wechselseitige Wahrnehmungen, Ziele und Interaktionen. In: M&K Medien & Kommunikationswissenschaft 67 (2), S. 144–166. DOI: 10.5771/1615-634X-2019-2-144.

Brodkorb, Mathias (Hg.) (2011): Extremistenjäger!? Der Extremismus-Begriff und der demokratische Verfassungsstaat. Banzkow.

Buck, Elena (Hg.) (2011): Ordnung. Macht. Extremismus. Effekte und Alternativen des Extremismus-Modells. Forum für Kritische Rechtsextremismusforschung. Wiesbaden.

Bude 2009: In Berlin werden Debatten geführt, die für die Welt wichtig sind. In: Tagesspiegel. Online verfügbar unter <https://www.tagesspiegel.de/kultur/heinz-bude-soziologe-in-berlin-werden-debatten-gefuehrt-die-fuer-die-welt-wichtig-sind/1497210.html>, zuletzt geprüft am 06.03.2020, zuletzt geprüft am 06.03.2020.

Butterwegge, Christoph (2011): Links- und Rechtsextremismus als Zwillingbrüder? Zum Paradigma- und Strategiewechsel der Bundesregierung. In: Brodkorb, Mathias (Hg.): Extremistenjäger!? Der Extremismus-Begriff und der demokratische Verfassungsstaat. Banzkow.

Claus, Robert; Lehnert, Esther; Müller, Yves (Hg.) (2010): "Was ein rechter Mann ist...". Männlichkeiten im Rechtsextremismus. Rosa-Luxemburg-Stiftung. Berlin.

Council of Europe Gender Equality Unit (2016): Background Note on Sexist Hate Speech. Online verfügbar unter <https://rm.coe.int/168059ad42>, zuletzt geprüft am 07.03.2020.

Decker, Oliver/Weißmann, Marliese/Kiess, Johannes und Brähler, Elmar (2010): Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2010, Berlin.

Denner, Nora; Peter, Christina (2017): Der Begriff Lügenpresse in deutschen Tageszeitungen. In: Publizistik 62 (3), S. 273–297.

Ecke, Matthias: What Does Chemnitz Tell Us About The Growth Of Right-Wing Radicalism In Germany? In: Social Europe 2018. Online verfügbar unter <https://www.socialeurope.eu/what-does-chemnitz-tell-us-about-the-growth-of-right-wing-radicalism-in-germany>, zuletzt geprüft am 05.03.2020.

ECPMF 2017: Das Feindbild II: „Lügenpresse“ und Journalistische Selbstbehauptung. Online verfügbar unter <https://www.ecpmf.eu/archive/news/ecpmf/concept-of-the-enemy-ii.html>, zuletzt geprüft am 07.03.2020.

Feustel, Susanne (2011): Tendenziell tendenziös. Die staatliche Erfassung politisch motivierter Kriminalität und die Produktion der »Gefahr von links«. In: Buck, Elena (Hg.): Ordnung. Macht. Extremismus: Effekte und Alternativen des Extremismus-Modells. Wiesbaden.

Funke, Hajo (2016): Von Wutbürgern und Brandstiftern. AfD - Pegida - Gewaltnetze. Unter Mitarbeit von Ralph Gabriel. Berlin.

Greif, Elisabeth; Ulrich, Silvia (2019): Hass im Netz - Grenzen digitaler Freiheit (Linzer Schriften zu Gender und Recht).

Instituts für Publizistik der JGU Mainz (2020): Meinzer Langzeitstudie Medienvertrauen. Online verfügbar unter <https://medienvertrauen.uni-mainz.de/forschungsergebnisse-der-welle-2019/>.

Kleffner, Heike; Meisner, Matthias (Hg.) (2017): Unter Sachsen. Zwischen Wut und Willkommen. Berlin.

Leggewie, Claus; Meier, Horst (1995): Republikenschutz. Maßstäbe für die Verteidigung der Demokratie. Reinbek b. Hamburg.

Levitsky, Steven; Ziblatt, Daniel 2018: Wie Demokratien sterben. Und was wir dagegen tun können.

Locke, Stefan (2017): Sächsische Wut. Pegida: Über Ursachen und Entwicklungen einer sehr sächsischen Bewegung. In: Heike Kleffner und Matthias Meisner (Hg.): Unter Sachsen. Zwischen Wut und Willkommen. Berlin.

Nattke, Michael (2017): Eine neue soziale Bewegung von rechts. Der sächsische Schulterschluss von 'besorgten Bürgern und Bürgerinnen' und organisierten Neonazis. In: Kleffner, Heike; Meisner, Matthias (Hg.): Unter Sachsen. Zwischen Wut und Willkommen. Berlin.

Nerone, John (1994): Violence against the press. Policing the public sphere in US history. New York, NY.

Peicheva, Dobrinka; Rayceva, Lilia (2017). Framing Political Populism in Contemporary Media Ecosystem. European Quarterly of Political Attitudes and Mentalities, 6(4), 1-13. Online verfügbar unter <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-54496-0>, zuletzt geprüft am 05.03.2020.

Quent, Matthias (2019): Deutschland rechts außen. Wie die Rechten nach der Macht greifen und wie wir sie stoppen können. München.

Röpke, Andrea (2018): 2018 Jahrbuch Rechte Gewalt. Hintergründe, Analysen und die Ereignisse von 2017. Chronik des Hasses. Unter Mitarbeit von Sebastian Heidelberger. München.

Schindler, Johanna; Fortkord, Claudia; Posthumus, Lone; Obermaier, Magdalena; Reinemann, Carsten (2018): Woher kommt und wozu führt Medienfeindlichkeit? Zum Zusammenhang von populistischen Einstellungen, Medienfeindlichkeit, negativen Emotionen und Partizipation. In: M&K Medien & Kommunikationswissenschaft 66 (3), S. 283-301.

Terzić, Zoran (2011): Kulturextremismus. Zur Ästhetik und Politik radikaler Phänomene. In: Elena Buck (Hg.): Ordnung. Macht. Extremismus. Effekte und Alternativen des Extremismus-Modells. Wiesbaden.

Virchow, Fabian (2010): Tapfer, stolz, opferbereit – Überlegungen zum extrem rechten Verständnis »idealer Männlichkeit«. In: Robert Claus, Esther Lehnert und Yves Müller (Hg.): "Was ein rechter Mann ist...". Männlichkeiten im Rechtsextremismus. Berlin, S. 39–66.

Vorländer, Hans; Herold, Maik; Schäller, Steven (2016): PEGIDA. Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung. Wiesbaden.

Wildt, Michael (2017): Volk, Volksgemeinschaft, AfD. Hamburg.

Quellen: Antworten der Bundesregierung auf Kleine Anfragen

„Rechtsextremen Aufmärschen“ nach Quartalen:

Drs. 18/4846; Drs. 18/5688; Drs. 18/6555; Drs. 18/7448; Drs. 18/8368; Drs. 18/9312; Drs. 18/10214; Drs. 18/11267; Drs. 18/12268; Drs. 18/13243; Drs. 19/137; Drs. 19/890; Drs. 19/2431; Drs. 19/3752; Drs. 19/5486; Drs. 19/8301; Drs. 19/10328; Drs. 19/12548; Drs. 19/15290

Angriffe auf Medienschaffende durch Neonazis

BT Drs.: 19/16982

Fallübersicht

Physical Attacks 2015

date (DD.MM.YY)	city	state	camera	medium	sex of journalist	sex of offender	scene	incident	against camera	violence	threat	material damage	right wing /left wing/ other	'Gi-da-Con-text	sources	source 2	confirmation
07.01.2015	Dortmund	NW	Y	ONLINE	F	M	AE	On January 7 2015 a 46 year old female journalist got attacked by a Neonazi within the context of an Information event for a planned refugee camp. The 24-year old Neonazi was accused to snatch away the mobile phone of the journalist.	Y	PUSH	NONE	NONE	RIGHT	N	http://blog.zeit.de/stoerung-smelder/2015/07/06/dortmunder-neonazi-nach-an-griff-auf-journalist-verurteilt_19626	http://nordstadtblogger.de/dortmunder-neonazi-muss-sich-fuer-an-griffe-auf-journalisten-und-polizisten-vor-gericht-verantworten/	Y
12.01.2015	Saarbrücken	SL	Y	TV	M	U	AS	During a Saargida-Demonstration a camera-man from SR was attacked and injured.	N	Y	NONE	NONE	RIGHT	Y	SR		N
14.01.2015	Hannover	NI	Y	U	M	M	AS	On January 14 a free photographer was attacked during a Hagida demonstration by a demonstrator in Hannover. His camera got damaged.	Y	Y	NONE	EQUIP	RIGHT	Y	http://www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/hagida-gescheitert	http://www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/hagida-gescheitert	N
21.01.2015	Leipzig	SN	Y	ONLINE	M	M	AS	During a Legida-Demonstration, a photographer was hit and his camera got damaged.	Y	HIT	NONE	EQUIP	RIGHT	Y	Drs.-Nr. 6/3528	https://twitter.com/bjokie/status/557982297367248898	Y
21.01.2015	Leipzig	SN	N	RADIO	M	U	AS	Merten Waage, editor of radio mephisto 97.6 is spit on, threatened and persecuted by participants of Legida-demonstration. Read the full ECPMF-interview with Merten Waage about the incident and its consequences here. Radio mephisto 97.6 made the footage available to the public.	N	SPIT	DIRECT	NONE	RIGHT	Y	Merten Waage, ECPMF-Interview	https://soundcloud.com/mephisto976/anriff-von-legida-auf-journalisten-in-leipzigmp3	footage and police
21.01.2015	München	BY	Y	U	M	U	AS	On January 21 a free video reporter was hit by a bottle and hit on a Bagida-demonstration in Munich.	N	WEAPON, HIT	NONE	U	LEFT	Y	Reporter Ohne Grenzen		N
23.01.2015	Nordhausen	TH	N	U	M	M	OTHER	On January 23 a person tried to push a journalist driving in his car a side the street. After that the person hit him in the face.	N	HIT	DIRECT	NONE	U	N	http://www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/leben/blaulicht/detail/-/specific/Journalist-auf-A-38-abgedraengt-und-taetlich-angegriffen-600254857	DJU	Y
24.01.2015	Angermünde	BB	Y	TV	M	M	AS	A camera-man of Public Service Broadcaster RBB is attacked with a flag-pole or a rolled banner while reporting from an Anti-refugee-demonstration. He is not injured.	N	HIT, PUSH	NONE	NONE	RIGHT	N	http://www.opferperspektive.de/rechte-anriffe/chronologie-rechter-anriffe/angermuende	ECPMF	N
26.01.2015	Duisburg	NW	Y	U	M	U	AS	A camera crew of WDR (First German Television) is threatened by participants of a Dügida-demonstration, the camera man is dazzled with a lazer pointer.	U	WEAPON	DIRECT	NONE	RIGHT	Y	http://waz.m.derwesten.de/s=ik3_liBAvGW0oT-LKjpuUC39/dw/staedte/duisburg/staedte/duisburg/protest-gegen-pegida-und-duegida-aufmaersche-in-duisburg-und-duesseldorf-id10275706.html?service-mobile	https://twitter.com/Sabberschnauze/status/559774293043978240	by police
09.03.2015	Dortmund	NW	Y	OTHER	M	M	AE	Three disguised aggressors throw stones on photographer Marcus Arndt, hitting him twice at neck and body. They stop and flew when he points his blank gun on them.The investigation was dropped by 19.06.2015	N	WEAPON, HIT	NONE	NONE	RIGHT	N	http://nordstadtblogger.de/journalist-nach-neonazi-mahnwache-in-dortmund-angegriffen-polizei-nimmt-die-todesdrohungen-sehr-ernst/	http://www.spiegel.de/panorama/justiz/dortmund-neonazis-sollen-journalisten-angegriffen-haben-a-1022731.html	N
16.03.2015	Berlin	BE	Y	U	M	M	AS	On 16 March 2015 a photographer was attacked during a 'BÄRGIDA' demonstration. The photographer fell down the stairs and was hurt. The police arrested the attacker.	N	HIT, PUSH	NONE	NONE	RIGHT	Y	http://www.berlin.de/polizei/polizeimeldungen/pressemitteilung.280465.php	http://www.bz-berlin.de/tatort/fotograf-bei-baergida-demo-verletzt	Y
27.04.2015	Berlin	BE	Y	AGENCY	M	M	AS	A photographer and videojournalist of newsagency "berlintürk" is attacked at a demonstration of BärGida with the words "shitty wog" with a flagstaff and injured. The offender was detained.	N	WEAPON, HIT	NONE	NONE	RIGHT	Y	http://www.bz-berlin.de/tatort/tuerkischer-journalist-bei-baergida-demo-attackiert	https://jfd.de/blog/tag/rassistischer-anriff/	Y
01.05.2015	Freital	SN	Y	U	M	U	AS	On May 1st a photographer was threatened and hit during a demonstration against asylum seekers in Freital	N	HIT	DIRECT	NONE	RIGHT	N	http://www.andi-szabo.de/blog/2015/12/ueber-25-uebergriffe-auf-journalisten-in-sachsen/	http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/freital-eskaliert-der-hass-gegen-fl%C3%BChtlinge-gesch%C3%BCrt-wird-er-auch-im-netz-10446	Y
02.05.2015	Erfurt	TH	U	U	M	U	AS	On May 2nd a free journalist was hit during a Neonazi-assembly by a right-wing extremist in Erfurt.	N	HIT	NONE	U	RIGHT	N	Reporter Ohne Grenzen		N
08.05.2015	Freital	SN	Y	U	M	U	AS	On May 8 a photographer was beaten during a demonstration	N	HIT	NONE	NONE	RIGHT	N	http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/freital-eskaliert-der-hass-gegen-fl%C3%BChtlinge-gesch%C3%BCrt-wird-er-auch-im-netz-10446	http://www.andi-szabo.de/blog/2015/12/ueber-25-uebergriffe-auf-journalisten-in-sachsen/	N

date (DD. MM.YY)	city	state	camera	medium	sex of journalist	sex of offender	scene	incident	against camera	violence	threat	material damage	right wing /left wing/ other	'Gi-da-Con-text	sources	source 2	confirmation
08.06.2015	Wurzen	SN	Y	U	M	U	AS	On June 6 a photographer is threatened and beaten at a Pegida demonstration.	N	HIT	DIRECT	NONE	RIGHT	Y	http://www.raa-sachsen.de/index.php/chronik-de-tails/wurzen-2447.html	http://www.andi-szabo.de/blog/2015/12/ueber-25-uebergriffe-auf-journalisten-in-sachsen/	N
15.06.2015	Dresden	SN	Y	PRINT	M	U	AS	On June 16 a DNN-Reporter was hit and pushed during a Pegida-Demonstration. The attackers are unknown.	N	HIT, PUSH	NONE	NONE	RIGHT	Y	Drs.-Nr. 6/3528	http://www.dnn.de/Dresden/Lokales/Gegendemonstranten-und-Journalist-bei-Pegida-Demonstration-bedaengt	Y
24.07.2015	Dresden	SN	Y	TV	M	U	AS	On July 24 a ZDF-camera team was threatened pestered during a right wing riot	N	Y	DIRECT	NONE	RIGHT	N	Drs.-Nr. 6/3528	http://www.andi-szabo.de/blog/2015/12/ueber-25-uebergriffe-auf-journalisten-in-sachsen/	Y
31.07.2015	Freital	SN	Y	U	M	U	AS	A photographer is beaten at a demonstration.	N	HIT	NONE	NONE	RIGHT	N	http://www.andi-szabo.de/blog/2015/12/ueber-25-uebergriffe-auf-journalisten-in-sachsen/	Drs.-Nr. 6/3528	N
21.08.2015	Heidenau	SN	U	U	U	M	AS	During right-wing protests in Heidenau stones and bottles have been thrown onto journalists.	N	WEAPON	NONE	NONE	RIGHT	N	Generalstaatsanwaltschaft Dresden		Y
08.09.2015	Dresden	SN	Y	AGENCY	M	M	OTHER	A photographer of 'dpa' is insulted and smashed to the ground by while reporting from a refugee site in the Saxony capital. His camera was destroyed, his car damaged. The offender was arrested.	Y	HIT, PUSH	NONE	EQUIP	RIGHT	N	Drs.-Nr. 6/3528	http://www.andi-szabo.de/blog/2015/12/ueber-25-uebergriffe-auf-journalisten-in-sachsen/	Y
25.09.2015	Stralsund	MV	Y	TV	M	U	AS	During a MVgidA Demonstration a free cameraman was physically attacked	N	HIT	NONE	NONE	RIGHT	Y	http://www.presseportal.de/blaulicht/pm/108767/3132109	NDR	NDR and Polizei Neuenbrandenburg and Staatsanwaltschaft Stralsund
28.09.2015	Dresden	SN	Y	U	M	M	AS	A Journalist of MDR is kicked by a participant of a Pegida-demonstration.	N	KICK	NONE	NONE	RIGHT	Y	Drs.-Nr. 6/3528	http://www.andi-szabo.de/blog/2015/12/ueber-25-uebergriffe-auf-journalisten-in-sachsen/	N
28.09.2015	Dresden	SN	Y	PRINT	M	U	AS	A reporter of 'Dresdner Neueste Nachrichten' is hit in the face by a participant of a Pegida-demonstration.	N	HIT	NONE	NONE	RIGHT	Y	Drs.-Nr. 6/3528	http://www.dnn.de/Dresden/Lokales/Die-Hemmschwelle-bei-Pegida-sinkt	police
03.10.2015	Jena	TH	Y	U	M	U	AS	On October 3rd 2015 a journalist got attacked during a Neona-zi-demonstration in Jena with ca. 200 participants. Before that, people got encouraged to hinder journalists to take photos. Lense and camera cabinet got damaged, the victim got hurt on his hand. The victim complaint because of damage on property and bodily harm.	Y	HIT	NONE	EQUIP	RIGHT	N	https://ezra.de/chronik/	ECPMF	N
09.10.2015	Dresden	SN	U	PRINT	M	U	AS	On October 9 a reporter was hit by a stone during a right-wing protest against asylum seekers	N	WEAPON	NONE	U	RIGHT	N	http://www.andi-szabo.de/blog/2015/12/ueber-25-uebergriffe-auf-journalisten-in-sachsen/		N
12.10.2015	Leipzig	SN	Y	U	M	U	AS	A photographer is smashed to the ground at a Legida-demonstration.	U	HIT	NONE	NONE	RIGHT	Y	http://www.andi-szabo.de/blog/2015/12/ueber-25-uebergriffe-auf-journalisten-in-sachsen/	Drs.-Nr. 6/3528	Y
12.10.2015	Dresden	SN	Y	PRINT	M	U	AS	On October 12 a photographer from DNN was spit on during a PEGIDA demonstration	U	SPIT	NONE	NONE	RIGHT	Y	https://twitter.com/streetcoverage/status/653628549958643712	Drs.-Nr. 6/3528	N
15.10.2015	Dresden	SN	Y	ONLINE	U	U	AS	The Twitter-journalists of 'Straßengezwitscher' report that they are oppressed and hit on their camera by participants of a right wing demonstration.	Y	HIT	U	U	RIGHT	N	https://www.youtube.com/watch?v=5PXjR5aRK8M	http://www.tagesspiegel.de/politik/saechsisches-twitter-projekt-gegen-rassismus-strassengezwitscher-erhaelt-preis-fuer-zivilcourage/12172706.html	police and footage
19.10.2015	Dresden	SN	U	ONLINE	M	U	AS	Alexej Hock, twitter-Journalist of 'Strassengezwitscher' is kicked in the back while reporting from a Pegida-Demonstration.	N	KICK	NONE	NONE	RIGHT	Y	Drs.-Nr. 6/3528	Seigert, Svenja/Zappner, Jan: Angst ist das falsche Wort. In: Der Journalist, 12/2015, S. 13-14	N
19.10.2015	Dresden	SN	Y	ONLINE	M	U	AS	Jaafar Abdul Karim, Reporter of 'Deutsche Welle', is oppressed, insulted as "Kanake" ("wog") and hit in the neck by participants of a Pegida demonstration. The offenders have not been identified.	N	HIT	NONE	NONE	RIGHT	Y	http://www.dw.com/de/jaafars-videoblog-3-hass-und-hetze/a-18791604	Drs.-Nr. 6/3528	N

date (DD. MM.YY)	city	state	camera	medium	sex of journalist	sex of offender	scene	incident	against camera	violence	threat	material damage	right wing /left wing/ other	'Gi-da-Con-text	sources	source 2	confirmation
19.10.2015	Dresden	SN	Y	TV	M	M	AS	Jose Sequeira, camera man of Ruptly Video agency, is attacked at Pegida-Demonstration at Dresden. Sequeira's equipment is smashed to the ground and later he is physically attacked from six or seven persons, hitting him on head and neck.	Y	HIT, PUSH	NONE	EQUIP	RIGHT	Y	https://www.rt.com/news/319106-ruptly-cameraman-attack-pegida/	Drs.-Nr. 6/3528	N
19.10.2015	Dresden	SN	N	RADIO	M	M	AE	On October 19 a hired engineer from Deutschlandradio was attacked in front of a mobile unit after the actual Pegida-demonstration by a counter-demonstrator and accused to support Pegida through reporting about it. He also spit at him and another female reporter and then kicked the mobile unit. Then, the engineer wanted to stop the aggressor and was hit in the face.	U	HIT, SPIT	NONE	FURNISH	LEFT	Y	https://www.reporter-ohne-grenzen.de/presse/pressemitteilungen/meldung/uebergrieffe-in-dresden-am-pegida-jahrestag/	Drs.-Nr. 6/3528	Y
24.10.2015	Magdeburg	ST	U	TV	M	U	AE	During a match of Mageburg and Wehen Wiesbaden, a MDR-journalist got pushed and threatened.	N	PUSH	DIRECT	NONE	U	N	MDR		N
29.10.2015	Mainz	RP	Y	TV	M	U	AS	On October 29 a cameraman who works for SWR was attacked by a demonstrator. A microphone was damaged	N	OTHER	NONE	EQUIP	RIGHT	N	SWR		N
30.10.2015	Berlin	BE	N	PRINT	M	U	OTHER	Helmut Schumann, columnist of 'Der Tagesspiegel' is punched and insulted, while he walks privately through his Berlin Charlottenburg-neighborhood. The aggressor is supposed to have shouted: "Schumann, you leftist bastard" when hitting him from behind. There are no witnesses.	N	HIT, PUSH	DIRECT	NONE	RIGHT	N	http://www.tagesspiegel.de/berlin/polizei-justiz/rechte-gewalt-tagesspiegel-autor-helmut-schue-mann-angegriffen/12530448.html	http://www.sueddeutsche.de/medien/berlin-journalist-wegen-pegida-kritik-niedergeschlagen-12719258	N
02.11.2015	Chemnitz	SN	Y	U	M	U	AE	A photographer who covered a demonstration of Pegida and counter demonstrations is followed by several unidentified men. In front of his car they attacked him with pepper spray. He was not injured. The attacker is unknown.	U	WEAPON	NONE	NONE	RIGHT	Y	http://www.polizei.sachsen.de/de/MI_2015_39100.htm?utm_source=twitter-feed&utm_medium=twitter	Drs.-Nr. 6/3528	by police
02.11.2015	Berlin	BE	Y	ONLINE	M	U	AS	On November 2nd the video reporter Martin Heller and his colleagues were attacked during a NPD demonstration	U	PUSH, HOLD	NONE	NONE	RIGHT	N	http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/welt-reporter-bei-neonazi-demo-angegriffen-a-1060811.html , http://meedia.de/2015/11/02/welt-reporter-bei-neonazi-demo-angegriffen-kolumnist-auf-strasse-niedergeschlagen/	https://www.welt.de/politik/video148365295/Hier-greift-ein-NPD-Anhaenger-unser-Kamerateam-an.html	footage
07.11.2015	Berlin	BE	Y	OTHER	M	U	AS	Kaveh Rostamkhani, freelance photographer, was insulted and oppressed while covering the demonstration of AfD. Police intervened.	U	PUSH	NONE	NONE	RIGHT	N	http://kaveh-rk.net/alles-gute-deutschland-ein-protokoll/	https://www.youtube.com/watch?v=BEUccxfngk	footage
17.11.2015	Rathenow	BB	Y	U	M	U	AS	During a demonstration of "Bürgerbündnis Havelland" a free photo journalist was attacked. His camera got damaged.	Y	OTHER	NONE	EQUIP	RIGHT	N	http://www.pnn.de/brandenburg-berlin/1025548/	gegenrede.info	Y
23.11.2015	Dresden	SN	Y	TV	M	M	AS	Camera-man Dmitri Volkov, working for First Russian Television is attacked at Pegida-demonstration. He suffers a broken bone near to his eye and needs surgery.	U	HIT	NONE	NONE	RIGHT	Y	http://www.polizei.sachsen.de/de/MI_2015_39422.htm	http://www.spiegel.de/politik/deutschland/pegida-kameraman-verletzt-a-1064239.html	police
25.11.2015	Dresden	SN	Y	TV	U	U	AS	On November 25 a cameraman was hit by a Pegida Demonstrator and had to go to the hospital.	U	HIT	NONE	U	RIGHT	Y	https://www.polizeibericht-dresden.de/bericht/17727-polizeibericht-dresden-polizeieinsatz-zum-heutigen-versammlungsgeschehen	http://www.andi-szabo.de/blog/2015/12/ueber-25-uebergrieffe-auf-journalisten-in-sachsen/	by police
25.11.2015	Cottbus	SN	Y	TV	F	U	AS	ZDF-Reporter Britta Hilpert and her team are pushed around by several participants of Demonstration of AfD (Alternative für Deutschland). Police intervened directly.	U	PUSH	DIRECT	NONE	RIGHT	N	http://meedia.de/2015/11/27/zdf-zeigt-video-rohmateriale-uebergrieffe-auf-eine-reporterin-bei-afd-demo/	https://twitter.com/ZDFheute/status/670141564337819648	police and footage
12.12.2015	Leipzig	SN	Y	ONLINE	M	M	AS	The photographer and videojournalist of Leipziger Volkszeitung Online, Dirk Knofe, is attacked by an left wing extremist while covering a demonstration. The lens of his camera is damaged, he is not hurt.	Y	HIT	NONE	EQUIP	LEFT	N	ECPMF		N

Physical Attacks 2016

date (DD. MM.YY)	city	state	camera	medium	sex of journalist	sex of offender	scene	incident	against camera	violence	threat	material damage	right wing /left wing/ other	'Gi-da-Con-text	sources	source 2	confirmation
09.01.2016	Koeln	NW	U	U	M	U	AS	A freelance journalist is injured while covering from a Pegida-demonstration. He is brought into hospital.	N	Y	U	U	U	Y	http://www.rundschau-online.de/koeln/-chaostag--mit-pegida-in-koeln-polizei-stoppt-gewalttaetige-dem..	http://www.presseportal.de/blaulicht/pm/12415/3220659	Y

date (DD. MM.YY)	city	state	camera	medium	sex of journalist	sex of offender	scene	incident	against camera	violence	threat	material damage	right wing /left wing/ other	'Gida-Con-text	sources	source 2	confirmation
11.01.2016	Leipzig	SN	Y	TV	F	F	AE	A reporter of MDR is hit in the face by a female demonstrant at the margins of a Legida-demonstration.	Y	HIT	NONE	NONE	U	Y	http://www.mdr.de/mdr-info/audio1375148.html	https://twitter.com/MDRaktuell/status/686664503866617858	Y
27.01.2016	Magdeburg	ST	Y	TV	M	U	AS	A camera-team of MDR and a cameraman of ZDF is attacked with pepper-spray while covering a demonstration of AFD-party, a technician and a security-man were injured. The offender was filmed, while he attacked and detained by police. The attack was announced by police.	U	WEAPON	NONE	NONE	RIGHT	N	http://www.mdr.de/mdr-info/afd-magdeburg-an-griffe-auf-journalisten100_zc-885afaa7_zs-5d851339.html	http://www.heute.de/kamerateams-von-mdr-und-zdf-bei-afd-demo-in-magdeburg-an-griffen-42002866.html	Y
28.01.2016	München	BY	Y	TV	M	U	AS	A reporter of the BR which covered the PEGIDA Demonstration in Munich were hindred by his work. His camera got damaged. Videofootage on the folling link below (Incident in 4:30 min)	Y	Y	U	EQUIP	RIGHT	Y	http://www.br.de/mediathek/video/sendungen/quer/160128-quer-pegida-102.html	http://www.bjv.de/news/linktipps-zum-thema-rechtsextratismus	footage
30.01.2016	Rostock	MV	U	U	M	U	AS	During a demonstration against a refugee camp a journalist got attacked by an demonstration participant with a beer bottle. The police investigates.	N	WEAPON	NONE	U	RIGHT	N	http://www.ostsee-zeitung.de/Region-Rostock/Rostock/Journalisten-bei-Anti-Fluechtlingsdemo-attackiert	https://www.rostock-heute.de/proteste-fluechtlingsunterkufft-lichtenhagen/84673	N
01.02.2016	Leipzig	SN	Y	ONLINE	M	U	AS	A journalist of the online newspaper (L-IZ) and other reporters got hindered to cover the demonstration. The L-IZ reporter got attacked by an participant. The police acts aggressive against journalist (video footage)	U	WEAPON, PUSH	DIRECT	NONE	RIGHT	Y	http://www.l-iz.de/leben/gesellschaft/2016/02/legida-videos-einschuechterungsversuche-und-ein-angrif...	http://www.neues-deutschland.de/artikel/1000278.legida-anhaenger-attackieren-journalisten.html	Y
06.02.2016	Berlin	BE	N	RADIO	F	M	AS	Freelance radio-journalist Sabine Grünberg is physically attacked while reporting from a left-wing demonstration for ARD. The aggressor attacked her from behind, robbing her microphone. Grünbergs request to give her equipment back was not responded.	N	ROB	NONE	EQUIP	LEFT	N	http://www.tagesspiegel.de/berlin/berlin-friedrichshain-ard-journalistin-auf-linker-demo-attackiert/12931742.html	https://www.djv.de/startseite/service/blogs-und-intranet/djv-blog/detail/article/linke-demonstranten-greifen-ard-kollegin-an.html	Y
22.02.2016	Grevesmühlen	MV	Y	U	M	M	AS	A photojournalist got beaten up by a participant of the MVgida demonstration (Mecklenburg-Vorpommern). The journalist got injured. The police investigates.	N	HIT	U	U	RIGHT	Y	http://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/gesellschaft/id_77057104/mvgida-demo-grevesmuehlen-demonstrant-schlaegt-reporter.html	http://www.spiegel.de/politik/deutschland/grevesmuehlen-mvgida-demonstrant-verletzt-reporter-a-1078814.html	N
23.02.2016	Rathenow	BB	Y	AGENCY	M	M	AS	A photographer is attacked with an laser-pointer while working on a demonstration of right-wing extremists.	N	WEAPON	NONE	NONE	RIGHT	N	http://www.pnn.de/brandenburg-berlin/1053361/	https://presseservicern.wordpress.com/2016/02/24/rathenow-nutzen-neonazis-buergerbuendnis-marsch-fuer-horst-wessel-gedenken/	Y
12.03.2016	Berlin	BE	Y	AGENCY	M	U	AS	A freelance video journalist is physically attacked on site of the demonstration "We for Germany - We are the people . Merkel has to leave". The aggressors are not caught, no denouncement is made by police.	Y	HIT	NONE	U	RIGHT	N	https://www.youtube.com/watch?v=s3TySovxK00		Footage
13.03.2016	Nürnberg	BY	Y	U	M	M	AS	A photojournalist got attacked by an AFD-Demonstration participant. The police took him in to custody	N	Y	U	U	RIGHT	N	https://www.br.de/nachrichten/mittelfranken/inhalt/afd-nuernberg-demo-br-100.html		Yes by police and attorney
09.04.2016	Magdeburg	ST	Y	U	M	M	AS	A photographer is hit by demonstrators of the right-wing-extremist gathering "Gemeinsam stark" ("Strong together"). The police intervened immediatelly and detains one of the aggressors.	N	HIT	NONE	U	RIGHT	N	http://www.focus.de/politik/deutschland/riesiges-polizeiaufgebot-hakenkreuz-shirts-zu-sehen-aggressive-stimmung-bei-hooligan-demo-in-magdeburg_id_5423216.html	https://www.youtube.com/watch?v=yA2wOk_P2JM	Footage
22.04.2016	Unna	NW	Y	ONLINE	M	M	AS	The photographer Felix Huesmann is attacked while reporting from a demonstration of Alternative für Deutschland (AFD) in Unna. After he documented an attack of demonstrators on an (unnamed) photographer he is pushed around himself and his camera is grabbed by the attackers and disappaers in the crowd. The two robbers are detained later and recieved an announcement on robbery. Huesmann got his camera back from police after the demonstration.	Y	PUSH, ROB	NONE	U	RIGHT	N	http://www.vice.com/de/read/ich-wurde-von-einem-afd-demonstranten-beraubt	http://www.presseportal.de/blaulicht/pm/65856/3309121	Y
22.08.2016	Dresden	SN	Y	U	M	U	AE	A freelance photographer is attacked with pepper-spray in the environment of a Pegida Demonstration.	N	WEAPON	NONE	NONE	U	Y	https://www.neues-deutschland.de/artikel/1023100.pegida-erneut-angriff-auf-journalisten.html	https://twitter.com/streetcoverage/status/767801321453944832?lang=de	N

date (DD. MM.YY)	city	state	camera	medium	sex of journalist	sex of offender	scene	incident	against camera	violence	threat	material damage	right wing /left wing/ other	*Gi-da-Con-text	sources	source 2	confirmation
27.08.2016	Leipzig	SN	U	ONLINE	M	M	AS	A journalist of Zeit Online Blog 'Störungsmelder' is injured by a bottle that has been thrown from a gathering of right wing extremists in Leipzig in the environment of demonstrations concerning a public free-fight-event.	N	WEAPON	U	U	RIGHT	N	http://www.lvz.de/Leipzig/Polizeiticker/Polizeiticker-Leipzig/1000-Demonstranten-gegen-Rechts-IFC-Teilnehmer-attackieren-Journalisten	https://twitter.com/stoerungsblog/status/769595355633778688?ref_src=twsrc%5Etfw	police
04.09.2016	München	BY	Y	AGENCY	M	M	OTHER	Two photographers are physically attacked by right wing activists in Munich. One extremist first tries to kick a photographer, afterwards he is hit in the face. Another photographer is spit on in the environment of the election-party	N	HIT, KICK, SPIT	DIRECT	NONE	RIGHT	N	https://www.welt.de/politik/deutschland/article157962437/Pruegelei-bei-AfD-Wahlparty-in-Muenchen.html	http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2016/09/05/gewaltausbruch-bei-afd-wahlparty-in-muenchen_22309	footage and staatsanwaltschaft
15.09.2016	Bautzen	SN	Y	U	M	M	AS	An anti-refugee protestor hits a filming journalist on his arm while he is covering the demonstration.	N	HIT	NONE	NONE	RIGHT	N	http://www.lvz.de/Mitteldeutschland/Polizeiticker-Mitteldeutschland/Erneut-unruhige-Nacht-in-Bautzen-Rechte-sagen-Demo-am-Freitag-ab	https://www.polizei.sachsen.de/de/MI_2016_44876.htm	by police
19.09.2016	Dresden	SN	U	PRINT	M	M	AE	A reporter of Sächsische Zeitung is persecuted by three men that before were following a Pegida demonstration, is then threatened and grabbed on. testimonies call the police, the aggressors fled. They are later identified. Police stated that it is likely that the attack happened due to coverage of the reporter about a court trial, where one of the aggressors was involved.	N	HOLD	DIRECT	U	RIGHT	Y	http://www.sz-online.de/nachrichten/uebergrieffe-auf-sz-reporter-3500142.html		Y
07.10.2016	Bautzen	SN	Y	U	M	M	AS	The photographer Björn Kiezmann is attacked by right-wing demonstrators. His camera is hit in his face and got damaged	Y	KICK	NONE	NONE	RIGHT	N	http://www.augenzeugen.info/bjoern-kienzmann-polizei-will-neonazis-bei-bautzen-aufmarsch-nicht-stoeren/	Mail Pol Görlitz	by police

Physical Attacks 2017

Date	city	state	medium	Camera	sex of journalist	sex of offender	scene	incident	against camera	number victims	violence	threat	material damage	right wing /left wing/ other	*Gi-da-Con-text	sources	S2	Confirmation (by)
16.01.2017	Erfurt	TH	TV	Y	M	M	OTHER	"Während ein Team des MDR Filmaufnahmen für einen Beitrag machte, wurden sie angegriffen. Der Kameramann erklärte, der Angeklagte hätte ihn zuvor am Kragen gepackt und gedroht, er würde ihm das Gesicht einschlagen, sollte er gefilmt worden sein. Auch soll einer der Männer einen Schlagstock gezogen haben. Die Männer sollen dann plötzlich von ihm und seinem Assistenten abgelassen haben.	U	1	WEAPON	DIRECT	U	RIGHT	N	ECPMF Interview	https://www.mdr.de/investigativ/urteil-angreifer-mdr-team-erfurt-100.html	Y by police and court
20.02.2017	Dresden	SN	TV	Y	M	M	AE	Während der Dreharbeiten zu einem 'Montagsspaziergang' von Pegida rammte ein Teilnehmer einem filmenden Journalisten seinen Ellenbogen in die Rippen. Andere Teilnehmer bedrohten und beschimpften den Journalisten.	N	1	HIT	DIRECT	NONE	RIGHT	Y	http://www.augenzeugen.info/journalist-thilo-schmidt-ellenbogen-mit-wucht-in-die-seite-gerammt/	SWR	N
01.04.2017	Göttingen	NI	PHOTO	Y	M	M	AE	Am 1. April 2017 griffen Aktivisten nach einer angemeldeten Demonstration in Göttingen einen Fotojournalisten an. Die Neonazis meldeten im 20 Kilometer entfernten Northeim eine spontane Demonstration an. Ein Journalist fuhr mit zwei Fotografen hinterher und kam zeitgleich mit der Polizei an. Am Rande der Demo griff ein verummter Neonazi den Journalisten an, stieß ihn von der Mauer und schlug gegen das Objektiv. Die Neonazis machten dies auf Facebook öffentlich.	Y	1	HIT	U	U	RIGHT	N	http://www.taz.de/!5459372/		Y by footage
06.07.17	Hamburg	HH	ONLINE	Y	M	M	AS	Der Journalist Marcus DiPaola wurde während seiner Video-Aufzeichnungen für das Magazin Heavy.com geschubst und zu Boden gestoßen. Mehrere Personen beschimpften ihn als "Nazi", nachdem ein anderer Blogger ein Bild von DiPaola und anderen mit einer Sympathisantin der 'Identitären Bewegung' veröffentlicht hatte. Auch der Journalist Max Bachmann wurde später zu Boden gestoßen und verletzte sich am Knie. Mehrfach wurden DiPaola und sein Team als Nazis bezeichnet und verließen dann die Situation.	U	2	PUSH	DIRECT	U	LEFT	N	https://heavy.com/news/2017/07/journalist-attacked-g20-protest-pov/	https://meedia.de/2017/07/10/nach-hetzjagd-vorwurfer-beim-g20-zeit-online-trennt-sich-von-stoerungsmelder-autor-soeren-kohlhuber/	Y by footage

Date	city	state	medium	Camera	sex of journalist	sex of offender	scene	incident	against camera	number victims	violence	threat	material damage	right wing /left wing/ other	*Gi-da-Con-text	sources	S2	Confirmation (by)
07.07.17	Hamburg	HH	ON-LINE	Y	M	M	AS	Während der G20-Demonstrationen in Hamburg griff ein Vermummter den Journalist Martin Kaul an. Der Angreifer wirft sich auf den Journalisten, sodass er kurzzeitig k.o. ging. Seine Uhr und seine Brille waren abhanden gekommen.	N	1	PUSH	NONE	U	LEFT	N	https://www.deutschlandfunk.de/journalisten-beim-g20-gipfel-der-hat-mir-einen-auf-die.2907.de.html?dram:article_id=390655	https://www.tagesspiegel.de/medien/nominier-erte-fuer-den-journalistenpreis-der-lange-atem-berichten-wo-es-unuebersichtlich-wird/20576904.html	N
07.07.17	Hamburg	HH	ON-LINE/PRINT	Y	M	M	AS	Der israelische Journalist Oren Ziv wurde während der G20-Proteste angegriffen und niedergeschlagen. Dabei wurde ihm seine Kamera geraubt.	Y	1	HIT, ROB	NONE	EQUIP	LEFT	N	https://www.jungewelt.de/artikel/314940.solidarit%C3%A4t		N
13.08.2017	Düsseldorf	NW	PHOTO	Y	M	U	AS	Bei einer Demonstration gegen den NRW-Auftakt der AfD zum Bundestagswahlkampf in Düsseldorf wurde ein Fotograf getreten.	U	1	KICK	NONE	NONE	RIGHT	N	https://www.nrz.de/staedte/duesseldorf/koerperverletzung-bei-demo-anzeige-gegen-afd-mitglied-id211578263.html		Y by police
12.09.2017	Jena	TH	ON-LINE	Y	M	M	AS	Ein Besucher einer AfD-Versammlung in Jena hat einem Journalisten auf die Kamera geschlagen. In dem Video ist zu erkennen, wie erst ein älterer Mann und später ein weiterer Teilnehmer der AfD-Veranstaltung auf die Kamera des Journalisten schlagen und ihn zwingen wollten, das Filmen zu beenden.	Y	1	HIT	DIRECT	NONE	RIGHT	N	https://twitter.com/jan_wiebe/status/907655974219116551	https://www.neues-deutschland.de/artikel/1063611.menschen-protestieren-gegen-afd-veranstaltung-in-jena.html	Y by footage
17.09.17	Regensburg	BY	U	Y	M	M	OTHER	Am Rande des Fußballspiels Jahn Regensburg – Dynamo Dresden am 17. September 2017 stürzen vier Dresdner Fans auf einen filmenden Mitarbeiter in BR-Jacke und versuchen, sein Handy abzunehmen. Ein Schlag erwischt den Mitarbeiter an der Schulter. Danach greifen vier Bundespolizisten ein und raten dem Mitarbeiter, schnell zu verschwinden. Währenddessen hagelt es Beleidigungen von den Dresdner Fans.	Y	1	HIT	U	NONE	U	N	BR		N
17.09.17	Regensburg	BY	U	Y	F	M	OTHER	Nach dem Spiel von Regensburg gegen Dynamo kommt es am Hauptbahnhof zu einem weiteren Fall. Dabei wird eine Mitarbeiterin von einem Dresdner Fan geschubst, ihre Kamera dabei weggeschlagen. Dabei fällt ihr Diensthandy zu Boden, das Display zerspringt. Weil Polizisten aufmerksam werden, lässt der Angreifer ab.	Y	1	PUSH	U	EQUIP	U	N	BR		N

Physical Attacks 2018

Date	city	state	medium	Camera	sex of journalist	sex of offender	scene	incident	against camera	number victims	violence	threat	material damage	right wing /left wing/ other	*Gi-da-Con-text	sources	S2	Confirmation (by)	
20.01.2018	Cottbus	BB	PHOTO	Y	F+M	M	AE	Eine Fotojournalistin wurde mit ihrem Kollegen im Rahmen der rechtsextremen Demo "Zukunft Heimat" in Cottbus angegriffen. Die Journalistin wollte eine Szene, in der zwei Männer eine andere Kollegin beleidigten und an ihrer Arbeit hinderten, per Video aufzeichnen. Daraufhin drehten die beiden Angreifer sich um und einer schlug auf ihre Kamera, die unbeschädigt blieb. Er bespuckte zudem sie und ihren Kollegen. Später kam ein Mann auf sie zu und stieß die Journalistin von einer Erhebung. Sie blieb unverletzt. Den zweiten Angriff zeigte sie bei der Polizei an.	N	2	SPIT, PUSH	NONE	U	RIGHT	N	ECPMF Interview	https://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2018/01/22/ich-versuche-mich-von-dem-angriff-nicht-einschuechtern-zu-lassen_25406		Y by police
13.02.2018	Dresden	SN	ON-LINE	Y	M	M	AS	Während einer Demonstration auf dem Dresdener Altmarkt wurde im Zuge eines Gerangels mit verbalen Angriffen ein Journalist geschubst und geschlagen.	N	1	PUSH, HIT	NONE	NONE	RIGHT	N	https://twitter.com/streetcoverage/status/963507093599813633	http://www.augenzeugen.info/polizei-dresden-in-der-kritik/	Y by witness, footage	
20.04.2018	Ostritz	SN	ON-LINE	Y	M	F	AE	Während eines Neonazi-Festivals im sächsischen Ostritz wurde ein Reporter des Online-Magazins "Spiegel Online" von einer Teilnehmerin angegriffen. Sie beschädigte das Mikrofon der Kamera. Nach Polizeiangaben kam es zu einem Gerangel, in dessen Folge die Ausrüstung beschädigt wurde.	Y	1	OTHER	NONE	EQUIP	RIGHT	N	https://twitter.com/jgfeldmann/status/987428639984816129	https://www.polizei.sachsen.de/de/MI_2017_56352.htm		Y by police

Date	city	state	medium	Camera	sex of journalist	sex of offender	scene	incident	against camera	number victims	violence	threat	material damage	right wing /left wing/ other	*Gi-da-Con-text	sources	S2	Confirmation (by)
29.04.2018	Hohengandern/Eichsfeld	TH	OTHER	Y	M	M	OTHER	Zwei freie Journalisten wurden, nachdem sie Foto- und Filmaufnahmen von dem Grundstück des NPD-Mannes Thorsten Heise machen wollten, von zwei maskierten Angreifern in ihrem Auto überfallen. Dabei wurden das Auto zerstört und die beiden Männer leicht verletzt. Die maskierten Männer raubten die Fotoausrüstung aus dem BMW und flüchteten. Einer der Männer trug eine Platzwunde am Kopf durch den Schlag mit dem Schraubenschlüssel davon, der andere wurde von einem der rechten Angreifer mit dem Messer im Oberschenkel verletzt. Am Auto zerstachen die Angreifer die Reifen und zerschlugen die Scheiben.	Y	2	WEAPON, ROB, HIT, OTHER	U	EQUIP, CAR	RIGHT	N	https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/126723/3930499	https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018-04/thueringen-journalisten-npd-uebergreif-rechtsextremismus-verdacht	Y by police
12.05.18	Stuttgart	BW	ON-LINE	Y	M	F+M	AS	Während einer Kundgebung der AfD-Jugendorganisation in Stuttgart wurden mehrere Journalisten angegriffen. Eine Frau schlug unvermittelt mit einem großen Plakat mehrfach auf die Kamera eines freien Fotografen ein, während er Aufnahmen machte. Drei weitere rechtsgerichtete Angreifer versuchten zur selben Zeit, einen anderen Journalisten des Magazins "Beobachter News" abzudrängen. Dieser dokumentierte weiter das Geschehen mit seiner Kamera. Daraufhin schlug ein AfD-Anhänger dem Journalisten zunächst mit einem kurzen Hieb in die Bauchregion und anschließend mutwillig die Kamera aus der Hand. Diese fiel zu Boden und ging kaputt.	Y	2	HIT	U	EQUIP	RIGHT	N	http://www.beobachternews.de/2018/05/27/ein-angriff-auf-pressevertreter-ist-keine-lappalie/	https://medien-kunst-industrie-bawue.verdi.de/themen/nachrichten/+co+64a90aa8-600e-11e8-afd4-525400f67940	Y by police
08.06.2018	Themar	TH	PHOTO	Y	M	M	AS	Beim Neonazi-Treffen im südthüringischen Themar ist ein Journalist angegriffen worden. Ein Besucher schlug einem Foto-Journalisten am späten Freitagabend ins Gesicht.	N	1	HIT	U	NONE	RIGHT	N	http://www.spiegel.de/politik/deutschland/themar-journalist-bei-neonazi-festival-angegriffen-a-1212091.html	https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/125951/3966204	Y by police
23.06.2018	Kyffhäuser	ST	ON-LINE, TV	Y	F+U	M+F	OTHER	Im Vorfeld einer AfD-Veranstaltung in Sachsen-Anhalt wurden zwei Fachjournalisten angegriffen und bedroht. Einer Journalistin wurde auf die Kamera geschlagen. Der andere wurde geschubst und in die Kamera gegriffen.	Y	2	HIT	U	NONE	RIGHT	N	https://meedia.de/2018/06/26/zwei-journalisten-bei-kyffhae-usertreffen-von-rechtsnationalen-afd-fluegel-angegriffen/?utm_campaign=NEWSLETTER_MITTAG&utm_source=newsletter&utm_medium=email	https://www.youtube.com/watch?v=eQKMyjgopz8	Y by footage
25.08.18	Dresden	SN	TV	Y	M	M	AS	Während einer Veranstaltung der Identitären Bewegung in Dresden greift ein Teilnehmer einen Kameramann von Spiegel-TV an. Er greift ihm in die Kamera und drückt sie weg.	Y	1	OTHER	NONE	NONE	RIGHT	N	https://www.youtube.com/watch?v=J2ut6EqGuFk	https://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2018/08/26/gewalt-gegen-journalisten-auf-identitaerer-veranstaltung_27027	Y by footage
27.08.2018	Chemnitz	SN	ON-LINE	Y	M	M	AE	Nach dem Ende einer Demonstration in Chemnitz wird auf dem Weg zur Rückreise einem Journalisten das Handy aus der Hand geschlagen, was deshalb einen Schaden erleidet.	Y	1	HIT	NONE	EQUIP	RIGHT	N	https://twitter.com/johannesgrunert/status/1034163244817174528	https://www.youtube.com/watch?v=YP_RYG_hLgQ	Y by footage
01.09.2018	Chemnitz	SN	TV	Y	M	M	AS	Ein Team des ARD-Magazins "Monitor" wurde während einer Demonstration in Chemnitz angegriffen. Einem Journalisten wurde die Kamera aus der Hand geschlagen, die einen Schaden erlitt.	Y	1	HIT	U	EQUIP	RIGHT	N	http://mediathek.daserste.de/Monitor/Monitor-vom-06-09-2018/Video?bcastId=438224&documentId=55823802	Email-Befragung	Y by footage
01.09.2018	Chemnitz	SN	TV	Y	M	M	PRI-VATE	Ein Kamerateam des MDR wurde beim Filmen in einer Privatwohnung angegriffen und verletzt. In einem Video, das der MDR per Twitter teilte, erzählt einer der Journalisten, dass die Reporter bei Anwohnern geklingelt und gefragt hätten, ob sie vom Balkon aus filmen dürften. Während der Dreharbeiten auf dem Balkon sei plötzlich ein Mann in die Wohnung gekommen und attackierte die beiden Reporter. Bei dem Angriff wurde ein Reporter die Treppe hinuntergestoßen und seine Kamera zerstört. Er wurde ärztlich versorgt.	N	2	PUSH, OTHER	NONE	EQUIP	U	N	https://www.tagesschau.de/inland/chemnitz-uebergriffe-101.html	https://twitter.com/mdrde/status/1035921223144927233?ref_src=twsrc%5Etf-w%7Ctwcamp%5Etweetembed%7Ctwgr%5E373939313b-73706563696669635f73706f7274735f616374696f6e&ref_url=https%3A%2F%2Fwww.welt.de%2Fpolitik%2Fdeutschland%2Farticle181390828%2F-Polizei-bestaetigt-Anzeige-Kamerateam-vom-MDR-soll-in-Chemnitz-angegriffen-worden-sein.html	Y by police

Date	city	state	medium	Camera	sex of journalist	sex of offender	scene	incident	against camera	number victims	violence	threat	material damage	right wing /left wing/ other	*Gi-da-Con-text	sources	S2	Confirmation (by)
01.09.2018	Chemnitz	SN	ON-LINE	Y	F	U	AE	Einer Reporterin wurde nach einer Demonstration in Chemnitz die Kamera aus der Hand geschlagen, die Aufhängung des Mikrofons ging kaputt. Sie wurde ebenfalls geschubst und zuvor beleidigt und bedroht.	Y	1	PUSH, HIT	DIRECT	EQUIP	RIGHT	N	E-Mail-Befragung	https://twitter.com/georgrestle/status/1036142732094459904?ref_src=twsrc%5Etf-w%7Ctwcamp%5Etweetembed%7Ctwgr%5E373939313b-73706563696669635f73706f7274735f616374696f6e&ref_url=https%3A%2F%2Fwww.tagesschau.de%2Finland%2Fchemnitz-uebergriffe-101.html	Y by witness
01.09.2018	Chemnitz	SN	ON-LINE	Y	M	M	AS	Einem Journalist von "Zeit Online" wurde gegen die Kamera geschlagen und versucht, ihn und einen Kollegen in eine Seitengasse abzudrängen.	Y	1	HIT	U	EQUIP	RIGHT	N	https://www.tagesschau.de/inland/chemnitz-uebergriffe-101.html	https://twitter.com/PatrickGensing/status/1036131551774470144	Y by footage
01.09.2018	Chemnitz	SN	ON-LINE	Y	M	M	AS	Einem Reporter des Twitter-Projekts "Straßengezwitscher" wurde während einer Demonstration in Chemnitz die Kamera ins Gesicht geschlagen.	Y	1	HIT	U	NONE	RIGHT	N	https://www.tagesschau.de/inland/chemnitz-uebergriffe-101.html	https://twitter.com/streetcoverage/status/1035979837251510273	Y by footage
01.09.2018	Chemnitz	SN	TV	Y	F+M	M	AE	Eine Reporterin des TV-Magazins SternTV wurde mit ihrem Kameramann, als beide im Anschluss einer Demonstration in Chemnitz Material für eine Berichterstattung sammeln wollten, angegriffen. Ein Mann habe sich auf den Kameramann gestürzt, während eine Frau der filmenden Journalistin das Hand entreißen wollte und auf sie drauf springt.	Y	2	HIT, OTHER	U	U	RIGHT	N	https://www.stern.de/politik/deutschland/journalisten-angegriffen--stern-tv-reporterin-schildert-attacken-8340536.html	https://twitter.com/streetcoverage/status/1035973661956743169	Y by footage
01.09.2018	Chemnitz	SN	TV	Y	F	M	AE	Eine Reporterin des TV-Magazins SternTV wird beim Filmen der rechtsextremen Versammlung in Chemnitz von einem hinter einer Hecke stehenden Mann attackiert. Ihr wird die Kamera aus der Hand geschlagen.	Y	1	HIT	U	NONE	RIGHT	N	https://twitter.com/_sophiamai/status/1036281199432486912?ref_src=twsrc%5Etf-w%7Ctwcamp%5Etweetembed%7Ctwterm%5E1036281199432486912%7Ctwgr%5E373939313b-73706563696669635f73706f7274735f616374696f6e&ref_url=https%3A%2F%2Fwww.stern.de%2Fpolitik%2Fdeutschland%2Fjournalisten-angegriffen--stern-tv-reporterin-schildert-attacken-8340536.html	https://www.youtube.com/watch?v=n9Oqb_BQVZg	Y
01.09.2018	Chemnitz	SN	ON-LINE	Y	U	M	AS	Ein filmendes Team des Twitter-Projekts "Straßengezwitscher" wurde während einer Demonstration in Chemnitz von einem Teilnehmer mit Krücken attackiert. Der Mann schlug die filmende Person.	U	1	WEAPON, HIT	NONE	U	RIGHT	N	https://twitter.com/Schmidtlepp/status/1035957954644729856	Y by footage	
01.09.2018	Chemnitz	SN	ON-LINE	U	M	M	AS	Ein Journalist des Online-Magazins t-online wurde bei einer Demonstration in Chemnitz von mehreren Angreifern geschubst und von einer Person ans Bein getreten. Das Mikrofon wurde ihm entwendet.	N	1	HIT, PUSH, KICK	NONE	EQUIP	RIGHT	N	https://twitter.com/jan_wiebe/status/1035967629046042630	https://twitter.com/BuzzFeedNewsDE/status/1035948444618293249	Y witness
09.09.2018	Koethen	ST	ON-LINE	U	M	M	AS	Während einer Kundgebung in Köthen ist ein Reporter des Online-Mediums BuzzFeed angegriffen worden. Teilnehmer der Kundgebung haben ihn erkannt, geschubst, das T-Shirt zerrissen. Daraufhin habe das Team die Berichterstattung abgebrochen.	N	1	PUSH, OTHER	NONE	OTHER	RIGHT	N	https://twitter.com/BuzzFeedNewsDE/status/1038863591087251457	https://detektor.fm/politik/koethen-angriffe-journalisten	N
09.09.2018	Koethen	ST	ON-LINE	Y	M	U	AS	Ein Reporter der taz wird während einer Kundgebung in Köthen, auf der er per Livestream berichtet, bedrängt und geschubst. Anschließend holt ihn die Polizei aus der Situation.	N	1	PUSH	DIRECT	NONE	RIGHT	N	https://www.pscp.tv/w/1jMjgEvEVZqKL	http://www.taz.de/!5534202/	N
13.09.18	Kreis Düren	NW	TV	Y	M	M	AE	Während der Demonstrationen im Hambacher Forst will ein Team Fernsehaufnahmen von den Geschehnissen machen, als ein Aktivist auf den Kameramenschen zuläuft und nach der Kamera schlägt.	Y	1	HIT	NONE	NONE	LEFT	N	https://twitter.com/twitter/statuses/1040246119685672960	Y by footage	
16.09.18	Köthen	ST	TV	Y	U	U	AS	Kurz nachdem der rechte Aufmarsch begonnen hat, griff eine Gruppe von 20 Rechtsradikalen auf dem Marktplatz in Köthen ein Kamerateam an. Die Security-Mitarbeiter stellten sich zwischen die Angreifer und die Journalisten und bekamen Schläge und Tritte ab. Die Polizei drängte die Gruppe in Richtung Hallesche Straße ab.	U	1	KICK, HIT	DIRECT	U	RIGHT	N	https://www.neues-deutschland.de/artikel/1100568.proteste-in-koethen-newsticker-rechter-schulterschluss.html	ECPMF-Interview	Y by witness
21.09.18	Chemnitz	SN	U	U	U	M	AE	Im Umfeld einer Demonstration der rechtsextremen "Pro Chemnitz" in der Chemnitzer Innenstadt wurde ein Journalist angegriffen. Der Täter schlug einem Journalisten in die Kamera. Dabei wurde ihm gedroht, man werde ihn "zusammenschlagen".	Y	1	HIT	DIRECT	U	RIGHT	N	https://twitter.com/streetcoverage/status/1043210220774875136?s=09	https://www.polizei.sachsen.de/de/MI_2017_59740.htm	Y by police

Date	city	state	medium	Camera	sex of journalist	sex of offender	scene	incident	against camera	number victims	violence	threat	material damage	right wing /left wing/ other	*Gi-da-Con-text	sources	S2	Confirmation (by)
09.10.18	Wuppertal	NW	TV	Y	M	M	OTHER	Bei einem Dreh in einem Autohaus in Wuppertal ist ein Sat 1-Kamera-team von zwei Maskierten angegriffen worden. Der Kameramann wurde durch Tritte und Schläge verletzt und musste in einem Krankenhaus behandelt werden. Die beiden Unbekannten drängten das dreiköpfige Team auf die Straße, rissen die Kamera an sich und flüchteten.	Y	1	KICK, HIT, ROB	NONE	EQUIP	U	N	https://www.waz.de/region/sat-1-drehteam-in-wuppertaler-autohaus-angegriffen-id215523947.html	police	Y by police
25.11.18	Berlin	BE	U	Y	F	M	OTHER	Die israelische Journalistin Antonia Yamin wurde im Berliner Stadtteil Neukölln von einer Gruppe Jugendlicher mit einem Feuerwerkskörper angegriffen. In dem Video, das sie auf ihrem Twitter-Profil teilte, ist zu sehen, wie vier junge Männer an ihr vorbeigehen, dazwischenreden, lachen, einer hält seine Hand vor die Kamera. Die Journalistin sagt: „Ihr könnt weitergehen.“ Einer der jungen Männer fragt, wo das übertragen werde. Dann bringen Antonia Yamin und ihr Kameramann sich in Sicherheit, und der gezündete Böller verpufft auf dem Bürgersteig.	N	1	WEAPON	U	NONE	U	N	https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/antonia-yamin-berichtete-aus-berlin-fuer-israel-15912556.html	https://twitter.com/antonia_yamin/status/1067114832170811398	Y by footage
04.12.18	München	BY	TV	U	M	M	OTHER	Für einen Bericht des ARD-Magazins Monitor will ein Fernseherteam bei einer von "Klimawandelskeptikern" veranstalteten Konferenz berichten. Daraufhin attackiert der Präsident des Vereins den Journalisten zunächst verbal (Beleidigungen) und bedroht ihn ("Wenn Sie nicht sofort verschwinden, werde ich gewalttätig"), bis er kurz darauf handgreiflich wird und den Journalisten schubst.	N	1	PUSH	DIRECT	NONE	RIGHT	N	https://twitter.com/AchimPollmeier/status/1070429495109304320/video/1	https://www.merkur.de/politik/ard-magazin-monitor-tv-journalist-vor-laufender-kamera-angegriffen-schockierende-bilder-zr-10827067.html	Y by footage

Physical Attacks 2019

Date	city	state	medium	Camera	sex of journalist	sex of offender	scene	incident	against camera	number victims	violence	threat	material damage	right wing /left wing/ other	*Gi-da-Con-text	sources	S2	Confirmation (by)
14.01.19	Berlin	BE	PRINT/ON-LINE	N	F	M	EDITORIAL OFFICE	Eine Gruppe von etwa sechs Personen, die der Identitären Bewegung zugerechnet werden, führen am Morgen des 14.01.2019 zum Verlagshaus der taz. Dort verteilten sie u.a. Flugblätter und hingen Plakate auf. Dann kam es zum Angriff auf eine Mitarbeiterin der taz. Sie wurde geschubst und am Oberkörper weggedrückt. Danach hat ein Angreifer die Mitarbeiterin gegen die Tür des Verlagshauses geschubst und ihr mehrfach die Ellenbogen in den Oberkörper gerammt. Sie trug Prellungen am Schlüsselbein und der Rippe davon.	N	1	PUSH, HIT	DIRECT	NONE	RIGHT	N	https://blogs.taz.de/hausblog/angriff-von-identitaeren/	ECPMF	by footage & police
23.03.19	Ostritz	SN	ON-LINE	Y	M, F	M	AS	Beim Neonazi-Festival in Ostritz wurden Journalisten im Veranstaltungszelt angegriffen. Unter anderem wurden sie mit Bier und einem Feuerlöscher bespritzt. Rechtsextremisten warfen mit Bierbechern auf die Journalisten, schlugen mehrfach zu und beleidigten Reporter als „Zeckenfotze“.	N	3	HIT, WEAPON	DIRECT	U	RIGHT	N	footage	https://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2019/03/24/rechtsrock-mit-internationaler-unterstuetzung_28273	by police & footage
04.05.2019	Greding	BY	OTHER	Y	F	M	OTHER	Während des AfD-"Flügel"-Treffens im bayerischen Greding wurde eine Journalistin angegriffen. Der Rechtsextremist Dubravko Mandic riss der Journalistin das Handy aus der Hand und gab es erst nach Eingreifen der Polizei zurück.	Y	1	ROB	NONE	U	RIGHT	N	https://www.br.de/nachrichten/bayern/mit-rechten-federn-geschmueckt-afd-streitet-um-kurs,RPi0kn	https://www.donaukurier.de/lokales/hilpoltstein/wochen-372019-ich-hatte-sogar-Schwindelfaelle;art596,4311156?fbclid=IwAR37px4pOz-to6lLO-DpL_hDIvVijM-PmW3LTifTH-KJ4Tx9rHbOrQ8muyCo	by police & footage
04.05.2019	Greding	BY	ON-LINE	Y	M	M	OTHER	Während des AfD-"Flügel"-Treffens im bayerischen Gredings wurde ein Journalist von einem Teilnehmer des Treffens angegriffen. Der Täter ging auf den Journalisten los, packte seine Kamera, die an einem Schultergurt hing, und zog an dieser. Er konnte sie nicht entreißen, weil der Journalist sich aus dem Griff herausdrehte. Die Polizei erstattete Anzeige wegen Nötigung.	Y	1	OTHER	NONE	NONE	RIGHT	N	witness	police	by police
16.05.19	Heroldsberg	BY	TV	Y	M	M	OTHER	Auf einer Veranstaltung des AfD-Ortsverbands Heroldsberg bei Nürnberg am 16. Mai 2019 schlägt ein Mann gegen die Kamera eines BR-Mitarbeiters und trifft sie leicht. Im nächsten Schritt packt er den Kollegen mit beiden Händen am Revers seines Sakkos, schüttelt ihn, zieht ihn an sich heran und spuckt ihm mit dem nächsten Satz ins Gesicht, als er sagt: „Ich hab' Sie gewarnt, ich kann auch anders, ich bring Sie um!“. Daraufhin greift ein Mann, der vermutlich als Security zur Veranstaltung gehört, ein. Die Rede des AfD-Politikers pausiert für einen Moment.	Y	1	SPIT, OTHER	DIRECT	U	RIGHT	N	BR	ECPMF	N

Date	city	state	medium	Camera	sex of journalist	sex of offender	scene	incident	against camera	number victims	violence	threat	material damage	right wing /left wing/ other	*Gi-da-Con-text	sources	S2	Confirmation (by)
15.07.19	Dresden	SN	U	U	M	M	AS	Während einer Pegida-Demonstration warf ein 20 Jahre alter Teilnehmer der Veranstaltungen einen Pressevertreter mit einer Plastikflasche.	N	1	WEAPON	NONE	U	RIGHT	Y	https://www.mdr.de/sachsen/dresden/dresden-radebeul/merkel-besuch-dresden-straftaten-100.html	https://www.polizei.sachsen.de/de/MI_2019_66227.htm	by police
03.08.19	Braunschweig	NI	ON-LINE	Y	M	M	AS	Der Journalist David Janzen wurde bei einer Kundgebung der NPD bzw. JN angegriffen. Der Angreifer trat nach dem Journalisten.	N	1	KICK	U	NONE	RIGHT	N	https://twitter.com/dokurechts/status/1157563263795814401	https://regionalheute.de/braunschweig/zwischenfall-bei-mpd-kundgebung-ermittlungen-wegen-koerperverletzung/	by police & "Staats-anwalt-schaft"
18.08.19	Berlin	BE	TV	Y	M	U	OTHER	Einem Reporter des RBB wurde im Vorfeld des Union-Spiels das Handy entrissen und gemachte Videoaufnahmen gelöscht.	Y	1	ROB	U	U	U	N	https://www.rbb24.de/sport/beitrag/2019/08/union-spiel-rbb-reporter-angriff-medien.html	RBB	N
18.08.2019	Berlin	BE	TV	Y	M	U	OTHER	Bei einem späteren Angriff wurde demselben Reporter im Vorfeld des Union-Spiels erneut entrissen und ihm ins Gesicht geschlagen.	Y	1	ROB, HIT	U	U	U	N	https://www.rbb24.de/sport/beitrag/2019/08/union-spiel-rbb-reporter-angriff-medien.html	RBB	N
27.08.2019	Wurzen	SN	ON-LINE	Y	M	M	OTHER	Während der Proteste gegen den Einzug des Neonazis Benjamin Brinsa in den Wurzener Stadtrat greift ein Neonazi den Journalisten Henrik Merker an. Er schlägt ihm auf die Kamera.	Y	1	HIT	DIRECT	U	RIGHT	N	https://twitter.com/stoerungsblog/status/1166420441734492160	footage	by footage
04.09.19	Berlin	BE	TV	Y	F	M	OTHER	Während der Dreharbeiten im und beim Görlitzer Park wurde einer Journalistin auf den Kopf geschlagen.	Y	1	HIT	U	U	U	N	Kontraste-Sendung: 04.09.2019, RBB.		Y by footage
23.11.19	Hannover	NI	U	Y	M	M	AS	Nachdem der Anmelder einer NPD-Demo in Hannover dazu aufrief, man solle zusehen dass die Presse hier verschwinde, wird der Journalist David Janzen angerempelt und geschubst. Ein Teilnehmer greift ihm zudem ins Objektiv.	Y	1	PUSH	DIRECT	U	RIGHT	N	https://twitter.com/dokurechts/status/1198356556657627136	footage	Y
23.11.19	Hannover	NI	U	Y	M	M	AS	Bei der pressefeindlichen Demonstration am 23.11.2019 in Hannover wurde einem Journalisten, der mit seiner Kamera auf der Demo unterwegs war, eine Kopfnuss verpasst.	N	1	HIT	U	U	RIGHT	N	https://www.neuepresse.de/Hannover/Meine-Stadt/Kopftoss-auf-NPD-Demo-in-Hannover-Polizei-hat-nicht-eingegriffen	police, witness	by footage & police
28.12.19	Aue	SN	U	Y	M	M	AE	Ein freier Journalist, der von der NPD angemeldeten Demonstration berichtete, wurde von Teilnehmern des "III. Weg" geschubst und gegen ein Auto gestoßen. Die Polizei schritt später ein und begleitete die Journalisten anschließend zu ihrem Auto.	U	U	PUSH	NONE	U	RIGHT	N	ECPMF	police	Y by witness

Physical Attacks 2020

Date	city	state	medium	Camera	sex of journalist	sex of offender	scene	incident	against camera	number victims	violence	threat	material damage	right wing /left wing/ other	*Gi-da-Con-text	sources	S2	Confirmation (by)
04.01.20	Berlin	BE	ON-LINE	Y	M	M	AS	Während einer Demo vor der US-Botschaft in Berlin wurde der Journalist Björn Stritzel von einer Person angegriffen. Der Mann schlägt auf seine Kamera.	Y	1	HIT	NONE	U	U	N	https://twitter.com/bjoernstritzel/status/1213431851181731840		by footage
08.01.20	Zwickau	SN	ON-LINE	Y	M	M	OTHER	Am Verhandlungstag greift der Angeklagte einen Reporter im Gerichtsgebäude an. Trotz Handschellen geht er auf die Kameraperson los und schlägt mit seinem Ellbogen gegen die Kamera.	Y	1	HIT	NONE	U	U	N	https://www.rtl.de/cms/prozess-in-zwickau-sexualstraftaeter-soll-jugendliche-zu-nackt-shootings-gezwungen-haben-4464928.html		by footage
25.01.2020	Leipzig	SN	TV	Y	M	M	AS	Bei einer Demo in Leipzig wird das SpiegelTV-Team angegriffen. Der Kameramann geht zu Boden.	U	1	PUSH	NONE	U	LEFT	N	https://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/leipzig-connewitz-die-linke-szene-und-ihre-kampf-gegen-gentrifizierung-a-98dd30c1-c383-41ef-8855-e15c9b584367?sara_ecid=soci_upd_KsBFOAFjflf-ODZCxpPYDCQgO1dEMph	Interview	by footage
25.01.2020	Leipzig	SN	TV	Y	M	U	AS	Bei einer Demo in Leipzig wird ein Team von MDR-exakt angegriffen. Die Kamera wird weggedrückt.	Y	1	PUSH	U	U	LEFT	N	https://www.mdr.de/nachrichten/politik/inland/video-377762_zc-36896c52_zs-8ae77846.html	Interview	by footage

Date	city	state	medi-um	Camera	sex of journalist	sex of offender	scene	incident	against camera	number victims	violence	threat	material damage	right wing /left wing/ other	*Gi-da-Con-text	sources	S2	Confir-mation (by)
25.01.2020	Leipzig	SN	TV	Y	U	U	AS	Ein Kameramann wurde bei einer Demonstration am 25.01.2020 in Leipzig mit einem Laserpointer geblendet.	Y	1	WEAP-ON	NONE	N	LEFT	N	MDR	ECPMF	N
02.03.20	Berlin	BE	TV	Y	M	M	OTHER	Ein Fernsehteam wollte den Rapper "Fler" in einem Berline Geschäft interviewen. Nachdem eine Reporterin ihre Frage stellte, versuchte der Rapper die Kamera wegzuschlagen und verpasste dem Kameramann einen Schlag ins Gesicht. Der Kameramann kam in ein Krankenhaus.	Y	1	HIT, ROB.	DIRECT	EQUIP	OTHER	N	https://www.berlin.de/polizei/polizeimeldungen/pressemitteilung.902088.php	https://www.spiegel.de/panorama/leute/rapper-fler-geraet-mit-fernsehteam-aneinander-a-ac78b641-bd7c-4c20-89fc-5eacb5d9f-c2d?sara_ecid=soci_upd_wbMb-jhOSvWlSjc8RPU89NcCvtlFcJ	by police & of-fender



Menckestraße 27
04155 Leipzig
Germany

phone: +49 (0) 341 200 403 17

fax: +49 (0) 341 562 96 63

email: info@ecpmf.eu

web: www.ecpmf.eu

Zitationsempfehlung:

Hoffmann, Martin; Betsche, Pauline (2020): Das Feindbild Journalist IV: Bedrohung als Normalzustand. Eine 5-Jahres-Bilanz des Europäischen Zentrum für Presse- und Medienfreiheit. Leipzig.

Studienleitung:

Martin Hoffmann

© März 2020

